ALHAMBRA

ZEITUNG&PROGRAMM

SEPTEMBER/OKTOBER 2010

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

antifa
Warnung vor zwei Personen im Weser-Ems-Gebiet 7

antimilitarismus
Kriegerdenkmal in der Ofener Straße geteert und gefedert 8

soziale kämpfe
Bundesweite Demonstration am 10.10.2010 in Oldenburg! 9

schwerpunkt: sexualisierte gewalt
Definitionsmacht 10
Wildwasser stellt sich vor 14

klassenkampf
Tarifeinheit im Betrieb?! 19
Streikwelle in China 22

internationalismus
Repressionen und Hintergrund um Chimki 26

feminismus
Woher soll man wissen woher der Wind weht, wenn kein Wind weht 30

antirassismus
Deportation class reloaded 32

Ankündigungen 36

Editorial

Endlich passiert mal wieder was nach dem Sommerloch. Die ALSO, überregionale Erwerbslosengruppen und Oldenburger Initiativen machen mobil. Der Anlass sind die Neuverhandlungen der Regelsätze für ALG II-Bezieher_innen. In der scheinbar ‚nur' reformistischen Forderung nach 80 Euro mehr zum Essen sehen wir jedoch mehr als die Forderung nach ein paar Krümeln mehr. Unter dem Motto „Krach schlagen statt Kohldampf schieben!" kann die Demo Kristallisationspunkt und hoffentlich Sprungbrett von sozialen Bewegungen gegen die Umverteilung von unten nach oben und gegen die Produktionsverhältnisse im heutigen Kapitalismus werden. Sorgen wir dafür, dass sie es wird! Bei der – übrigens zum ersten Mal – am 19. September stattfindenden Oldenburger Vollversammlung wird unter anderem das diskutiert werden.

Spannend finden wir die aktuellen klassenkämpferischen Entwicklungen in China. Seit Beginn diesen Jahres gab es mehrere Streiks in verschiedenen größeren (internationalen) Betrieben/ Konzernen. Der Artikel „Streikwelle in China" aus der Wildcat liefert eine sehr stichhaltige Analyse zum Thema (S. 22). Ein interessanter Aspekt bleibt dort allerdings unerwähnt. In der sogenannten „Werkbank der Weltwirtschaft" sind derlei Selbstorganisierungen der Arbeiter_innen jenseits von sozialpartnerschaftlich agierenden Gewerkschaften mitnichten etwas Neues. Wie wir im Artikel „Rebellion ist gerechtfertigt" (Jungle World 26, 2010) erfahren haben, kam es beispielsweise 1957 in Shanghai zu einer wilden Streikwelle, die Mao Zedong nutzte, um seine Kampagne gegen die Parteibürokratie voranzutreiben. In der Zeit der Kulturrevolution mobilisierten die ‚linken Rebellen' 1967 in China die Wanderarbeiter_innen gegen das Establishment. Erst 1982 ließen die Reformer um Deng Xiaoping das verfassungsmäßig garantierte Streikrecht, das erkämpft worden war, wieder streichen. „Sieben Jahre später wurde im Gefolge der Bewegung vom Platz des Himmlischen Friedens auch eine unabhängige Arbeiter_innenföderation (gongzilian) gegründet, der sich allein in Peking in wenigen Wochen 20 000 Menschen anschlossen. Die Arbeiter_innen unterstützten die Proteste der Student_innen und wandten sich gegen die Entwertung ihrer Einkommen durch die Inflation. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) fürchtete das Aufkommen einer Bewegung wie der Solidarnosc in Polen. Mit dem Einsatz der Armee gegen die Bewegung am 4. Juni 1989 wurde auch die unabhängige Arbeiterföderation zerschlagen." (Jungle World) 30 Jahre nach dem die KPCh den Klassenkampf für tot erklärt hat, scheint er erneut lebendiger denn je.

Die Ankündigung der Atomkraftwerksbetreiber, ihre Atommeiler abzuschalten, falls sie nicht alle ihre Gewinne behalten dürfen, können wir nur begrüßen. Nichtsdestotrotz rollen noch etliche Castortransporte durch Deutschland und die Welt. Anfang November ist es mal wieder so weit, das Wendland steht Kopf und Tausende kriechen durch Wälder und über Schienen um den Transport zumindest so teuer wie möglich zu machen. Wie leider so oft gibt's noch keinen konkreten Termin, haltet also Augen und Ohren offen.

Wir haben die aufkommenden Diskussionen um FrauenLesbenTrans-Räume und Möglichkeiten antisexistischer Praxen zum Anlass genommen, um uns in dieser Ausgabe schwerpunktmäßig mit dem Thema „sexualisierte Gewalt" zu beschäftigen. Im letzten halben Jahr wurde in den bürgerlichen Medien das Thema ausgiebig bearbeitet – allerdings werden dort natürlich gesellschaftliche Gründe weggewischt und personalisiert. Nicht patriarchale Verhältnisse und Zwangsinstitutionen mit ihren Hierarchien und Machtverhältnissen werden auf die mediale Tagesordnung gesetzt. Stattdessen sind es Bischof Mixa und ein paar andere alte Säcke, die jetzt zu Recht Konsequenzen tragen, gleichzeitig aber als Sündenböcke herhalten müssen – Bischof Mixa ist der Ablassbrief der bürgerlichen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund halten wir es für dringend notwendig auf die gesellschaftliche Realität zu verweisen. Jede dritte Frau und jeder siebte bis elfte Mann war und ist selber von sexualisierter Gewalt betroffen. Sie ist alltäglich und wird nicht gesehen. Dazu haben wir Wildwasser, die Oldenburger Anlauf- und Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen, interviewt. Der Verein arbeitet seit über 20 Jahren mit Betroffenen. Zusätzlich leistet er Aufklärungs- und Präventionsarbeit.

Darüber hinaus findet ihr einen Text, der das Konzept der Definitionsmacht erklärt. Eigentlich sollte mensch meinen, dass die Definitionsmacht in der linksradikalen Szene allgemein anerkannt sei. Doch wie sich beispielsweise an der Debatte um eine Vergewaltigung in Hamburg von 2007 bis 2010 zeigt, kommt es immer wieder zu Verharmlosungen, in Frage stellen und sogar Tätersolidarisierungen.

Wir haben uns entschieden außerhalb des Schwerpunktes einen Text über die Notwendigkeit von Frauenräumen abzudrucken. Allerdings hat er bei uns zu kontroversen Diskussionen geführt. Während einige den Text zu polemisch, verkürzt und nicht weiterbringend fanden, sprach er anderen aus der Seele, da es total legitim sei einfach mal seine_ihre Wut darüber rauszuschreien, dass mensch immer wieder die Existenz von Frauenräumen rechtfertigen muss.

Die Nächte werden wieder länger, die Leute lungern nicht mehr bis nachts in ihren Gärten rum – ideale Voraussetzungen um die Nacht für anderes als Sterne gucken zu nutzen. Lasst euch was einfallen, seid unberechenbar und spontan – Teer und Federn gibt's überall.

Eure Alhambra-Redaktion

PS: Wenn's wieder kälter wird, brauchen wir auch mehr Schokolade – über Texte würden wir uns natürlich auch freuen!

Der beste Platz für Wagen ist immer noch der Stau

Oldenburg Am 26. Juni fand im Rahmen des alljährlichen Platzfestes der umzugsbedrohten Oldenburger Wagenburg eine Demo mit über hundert Leuten und mehr als einem Dutzend „Mobiler Wohneinheiten" gegen das Traumschloss „Wasserstadt", die Verschnöselung der Stadt und natürlich für den Erhalt der Wagenburg – und zwar am besten am Stau – statt.

Bei bestem Wetter und nur minimaler Bullenpräsenz (mal abgesehen von den schon obligatorischen Schutztruppen für ihre Überwachungskamera am Lefferseck) ging es um den Wallring. Am Julius-Mosen-Platz wurde in einer feierlichen Zeremonie der Stadt eine Ausgleichsfläche für die ja noch auf lange Zeit von der Wagenburg benötigte Fläche am Stau übergeben, die so manch Eine_r für den schönsten „Oldenburger Traumgarten" hielt.

Danach zog die Demo, welche u.a. aufgrund kleinerer technischer Probleme der motorisierten Teilnehmer_innen für reichlich Stau sorgte und damit ihrem Motto „Der beste Platz für Wagen ist immer noch der Stau" gerecht wurde, weiter und endete in einem kleinem Straßenfest an der Hafenpromenade, bevor dann das Platzfest wieder Fahrt aufnahm.

von regentied.blogsport.de

Demo gegen Abschiebung nach Syrien

Oldenburg Am 29. Juli 2010 demonstrierten etwa 150 Menschen für das Bleiberecht des Wilhelmshavener Faruk Issa durch die Oldenburger Innenstadt. Seit dem 21. Juni sitzt er im Abschiebeknast Hannover-Langenhagen. Vom Pferdemarkt aus zogen die Teilnehmer_innen durch die Fußgängerzone zur Abschlusskundgebung am Julius-Mosen-Platz, wobei auch ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge und die Schließung der Abschiebelager gefordert wurde.

Der 21-Jährige ist bereits mit 15 Jahren aus Syrien nach Deutschland geflohen und lebte seitdem als Geduldeter unter widrigen Bedingungen in Niedersachsen. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann will die schätzungsweise 1 500 geduldeten Syrer in Niedersachsen auf Grundlage eines jüngst beschlossenen ‚Rückführungsabkommen' so schnell wie möglich abschieben. Durch das Zustandekommen dieses Abkommens sind derzeit in der BRD ca. 7 000 Flüchtlinge von einer Abschiebung in das, als Folterstaat bekannte, Syrien bedroht. Auch der 21-Jährige ist davon betroffen und muss als Angehöriger einer religiösen Minderheit in Syrien Folter und Misshandlung fürchten.

Als Protest gegen die drohende Abschiebung trat er zusammen mit Abrahim Bakro und zwei weiteren Syrern am 25. Juni in Hungerstreik. „So wollten sie

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

sich gegen ihre Abschiebung wehren", sagt Karim Al Wasiti vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat, der Bakro und Issa betreut. Doch die Aktion währte nur kurz: Nach drei Tagen brachen die Gefangenen den Streik ab. „Die Wärter haben ihnen gedroht, sie in Arrestzellen zu sperren. Das hat ihnen Angst gemacht", sagt Al Wasiti. Diese seien im Kellergeschoss und „eigentlich für Leute gedacht, die durchdrehen und eine Gefahr darstellen". Dabei sei ein Hungerstreik in der verzweifelten Lage der vier „ihr gutes Recht".

DVU floppt in Wildeshausen

Wildeshausen Ganze 13 Nazigestalten versammelten sich zur DVU Kundgebung in der Kleinstadt Wildeshausen und hatten wohl nicht den schönsten Tag ihres Lebens. Nachdem bereits am Vormittag etwa 600-700 Menschen nach dem Aufruf eines sehr breiten Bündnisses gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassismus durch die Straßen Wildeshausens zogen (die erste Demo seit etwa 15 Jahren), vermiesten hunderte Gegendemonstant_innen den Faschos den Spaß an ihrer Kundgebung. Über die gesamte Dauer der Kundgebung von etwa einer Stunde wurden ihre Hetztiraden von Sprechchören, Trillerpfeifen, Vuvuzelas und den Instrumenten einer Samba-Gruppe übertönt. Ein wirklich jämmerlicher Auftritt der Nazis um Hans-Gerd Wiechmann, Christian Worch und Co., ein großer Erfolg für die Wildeshausener Antifaschist_innen.

von regentied.blogsport.de

„Alle Roma bleiben hier!"

Bremen Am 21. August 2010 demonstrierten in der Bremer Stadtmitte etwa 500 Menschen gegen die geplanten Abschiebungen von bis zu 12 000 Roma aus Deutschland in den Kosovo und ganz konkret gegen die Praxis der Bremer Ausländerbehörde Roma zur „freiwilligen Ausreise" zu bewegen. Weitere Forderungen, die auch in einer Postkartenaktion an den Innensenator gestellt werden, sind das ‚Rückführungsabkommen' zwischen der Bundesregierung und dem Kosovo zu boykottieren, eine bedingungslose Verlängerung der Bleiberechtsregelung umzusetzen und bereits abgeschobenen Menschen eine Rückkehr zu gestatten. Laut einer UNICEF-Studie droht abgeschobenen Familien im Kosovo „Perspektivlosigkeit, extreme Armut, Heimat- und Identitätslosigkeit". Aus Niedersachsen wurden bereits Roma-Familien abgeschoben.

Nasis in Bad Nenndorf

Bad Nenndorf Am 14. August zogen knapp 1 000 Faschos geschützt von doppelt so vielen Bullen zum mittlerweile fünften Mal in Folge als geschichtsrevisionistischer ‚Trauermarsch' durch die Innenstadt des Kurortes Bad Nenndorf. Während die Polizei auf der Route (Bahnhofstraße) und in ihrer Umgebung für eine ‚national befreite Zone' sorgte, hagelte es Knüppel und Pfefferspray gegen Antifaschist_innen. Etwa 25 Antifas wurden festgenommen, viele durch Polizeiattacken verletzt. Trotzdem gelang es mit zwei Sitzblockaden und einer wendländischen Betonpyramide, an der sich vier Leute festgekettet hatten, den Auftakt des Naziaufmarsches um Stunden zu verzögern; Sprechchöre und Tröten konnten die Kundgebungen der Nazis zumindest ein wenig stören.

In diesem Jahr sorgte der Aufmarsch für besonderes mediales Aufsehen, da im Vorfeld die vom gewerkschaftlich geprägten Bündnis ‚Bad Nenndorf ist bunt' geplante Gegendemonstration in der ersten Instanz verboten, der Nazimarsch jedoch erlaubt worden war. Auch das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg untersagte am Vorabend dem Bündnis eine Demonstration und gestattete lediglich eine zweistündige Kundgebung fernab der Bahnhofstraße. Immerhin erschienen noch 1 000 Menschen zur Gegenkundgebung – trotz aller polizeilicher Hetze und juristischer Irritationen. 2011 geht es in die nächste Runde, denn der sogenannte ‚Trauermarsch' ist bis zum Jahr 2030 angemeldet. Und während der DGB-Regionsvorsitzende Sebastian Wertmüller klarstellt, dass sich die Nazis „schlicht und einfach verpissen" sollen, findet auch das Antifa-Bündnis ‚NS-Verherrlichung stoppen' deutliche Worte für die kommenden Jahre: „Wir hören nicht auf, bis die Scheiße aufhört".

von regentied.blogsport.de

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Fette Freiraumkämpfe Freiburg

Freiburg Seit über drei Monaten hält die Freiraumkampagne Plätze.Häuser. Alles ein Haus in der Innenstadt besetzt. In den Räumen der Gartenstraße 19 gibt es nun Info- und Umsonstladen, eine Gartenbibliothek sowie Platz für Veranstaltungen und Treffen. Die Verhandlungen mit dem Eigentümer laufen den Besetzer_innen zufolge gut.

Seit Anfang August gibt es sogar einen ‚Leerstandsmelder' (leerstand-freiburg.info), der die Suche nach Räumen für eine sinnvolle Zwischennutzung, wie z.B. unkommerzielle Kultur, Wohnen oder Arbeiten erleichtern soll. Außerdem kämpfen zurzeit Jugendliche für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Sie besetzten Ende Juli das Gelände eines ehemaligen Zentrums. Um einer Räumung zu entgehen, mit der die nicht kooperierende Stadt drohte, wurde die Besetzung nach zehn Stunden beendet. Die Jugendlichen und ihre Unterstützer_innen fordern von der Stadt ihnen die Miete zu erlassen und laufende Kosten zu übernehmen. Diesen Forderungen wurde gleich zwei Tage nach der Besetzung auf einer Demo durch die Freiburger Innenstadt Nachdruck verliehen.

Seit nun einem Jahr schon hält das Kunst-, Kultur- und Wagenkollektiv ‚Kommando Rhino' einen Platz im Freiburger Viertel Vauban besetzt und mit einem Café, Kino und weiteren unkommerziellen Kulturangeboten bereichert. Inzwischen ist das Kollektiv auf 30 Menschen angewachsen, dies zeigt das enorme Bedürfnis nach einem autonomen Wagenplatz. Da auf dem Platz gebaut werden soll wird ein Alternativgelände gefordert. Ein neues Gelände ist immer noch nicht in Aussicht. Die intensive Suche nach einem privaten Grundstück war bis jetzt, trotz Unterstützung der Stadt in Form von einem Empfehlungsschreiben, erfolglos. Nach wie vor stellt sich die Stadtverwaltung quer, über städtische Gelände zu verhandeln. Inzwischen drängt die Zeit, da der Termin des Baubeginns immer näher rückt, dieser ist auf Ende dieses Jahres angesetzt. Trotz der dringlichen Situation, zeigt die Stadtverwaltung keinerlei Motivation am weiteren Vorgehen. U.a. zur Unterstützung des Wagenplatzes Rhino und all der anderen Initiativen, die selbstbestimmte Räume erkämpfen und verteidigen, sind im Herbst in Freiburg Freiraumaktionstage geplant.

Selbstmord und Hungerstreiks im Abschiebegefängnis

Hannover Am 2. Juli hat sich in Niedersachsens zentralem Abschiebegefängnis in Hannover-Langenhagen Slawik C. das Leben genommen. Der 58-jährige Mann, der seit elf Jahren in Deutschland gelebt hatte, war am 28. Juni in das Abschiebegefängnis eingeliefert worden und sollte nach Armenien abgeschoben werden.

Der Mann war aus Aserbaidschan geflohen. Auf Grundlage von Interpol gelieferter falscher Identitätsdaten hat sich die Ausländerbehörde einen Ausweisersatz von der armenischen Botschaft besorgt, um seine Abschiebung zu ermöglichen.

Der Suizid von Slawik C. ist der zweite nach 2000, als sich wenige Monate nach Eröffnung des Abschiebegefängnisses der 17-jährige Arumugasamy S. aus Angst vor der bevorstehenden Abschiebung nach Sri Lanka umgebracht. Der Selbstmord von Slawik C. macht

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

einmal mehr deutlich, wie unmenschlich Abschiebehaft ist und in welcher hoffnungslosen Lage sich die Abschiebegefangenen befinden. Deutlich wird ebenfalls erneut, dass hinter den Mauern viele Dinge geschehen, die sich der Öffentlichkeit entziehen. So sind am 25. Juni vier Gefangene in den Hungerstreik getreten, um ihre Abschiebung nach Syrien zu verhindern. Nachdem die Schließer mit Einschluss in Einzelhaftzellen im Kellergeschoss des Gefängnisses gedroht hatten, brachen sie den Hungerstreik nach drei Tagen ab. Auch berichtete der eine der vier Hungerstreikenden, dass er durch einen Wärter misshandelt wurde.

Abschiebehaft ist die weitestgehende Entrechtung, der Flüchtlinge unterworfen sind. Sie bringt den rücksichtslosen Abschiebungswillen der Behörden zum Ausdruck. Der tragische Tod von Slawik C. bringt dies einmal mehr ins Bewusstsein.

Solidarität mit den Abschiebegefangenen!
Abschiebehaft und Abschiebungen abschaffen!

$129b-Verfahren: Verurteilung von mutmaßlichen DHKP-C-Mitgliedern

Stuttgart Zwei linke Aktivisten aus der Türkei sind am 15. Juli vom Oberlandesgericht Stuttgart-Stammheim zu Haftstrafen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch verurteilt worden. Die nach 29-monatiger Prozessdauer gefällten Urteile lauteten auf vier Jahre und zehn Monate für Devrim Güler und fünf Jahre und vier Monate Haft für Ahmet Düzgün Yüksel. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die 36 und 48 Jahre alten Männer mit der Organisation von Schulungen, Geldsammlungen und Waffenschmuggel die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) in der Türkei unterstützt hätten. Als Funktionäre der DHKP-C hätten sie mit Spendensammlungen und dem Verkauf von Zeitschriften sowie von Eintrittskarten für Solidaritätsveranstaltungen dazu beigetragen, dass die Organisation in der Türkei schwerste Straftaten bis hin zu Selbstmordanschlägen und Attentaten auf Politiker verübte, so der Vorsitzende Richter Hermann Wieland. Die Verteidiger kritisierten, dass der Großteil der angeblichen Beweise gegen ihre Mandanten von türkischen Polizei- und Justizstellen stammt, obwohl dort nachweislich gefoltert wird und solche Materialien nicht in ein deutsches Gerichtsverfahren eingeführt werden dürften. Selbst Richter Wieland gestand ein, dass ein Zeuge, auf dessen Wissen sich die Bundesanwaltschaft stützte, für den Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz sowie den türkischen Geheimdienst MIT gearbeitet habe. Die Verteidiger bezeichneten das Urteil als „skandalös" und kündigten an, in Revision zu gehen und die sofortige Haftentlassung ihrer Mandanten zu beantragen.

Bereits im vergangenen Jahr waren im selben Verfahren drei weitere Angeklagte zu Haftstrafen zwischen zwei Jahren und elf Monaten und fünf Jahren verurteilt worden, nachdem sie eine Mitgliedschaft in der DHKP-C gestanden hatten. Der Stammheimer Prozess wird als Präzedenzfall eingeschätzt, um den nach den Anschlägen vom 11. September 2001 neu geschaffenen Paragraphen 129 b Strafgesetzbuch (StGB) nicht nur gegen islamistische Gruppierungen, sondern auch gegen revolutionäre linke und Befreiungsbewegungen einzusetzen. So läuft seit Frühjahr vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht ein weiteres DHKP-C-Verfahren gegen Mitglieder der legalen ‚Anatolischen Föderation'. Den drei Angeklagten wird unter anderem vorgeworfen, mit Spendensammlungen für politische Gefangene in der Türkei die Organisation unterstützt zu haben.

Acht Schüsse

Berlin Am 3. Juli wurde das Urteil für den Mörder von Dennis J. bekanntgegeben. Dennis wurde Silvester 2008 auf der Flucht vom Berliner Polizeibeamten Reinhard R. mit acht Schüssen regelrecht hingerichtet. Verurteilt wurde der Beamte wegen Totschlag im minderschweren Fall zu zwei Jahren Knast auf Bewährung. Das milde Urteil liegt vor allem daran, dass die beiden mit Reinhard R. auf Streife gewesenen Kollegen nicht gegen diesen Ausgesagt haben. Aus diesem Grund wurden die Beamten wegen versuchter Strafvereitelung im

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Amt jeweils zu Geldstrafen verurteilt.

Wie gerufen veröffentlichte Amnesty International Anfang Juli einen Bericht zu Polizeigewalt in Deutschland und erregte zumindest kurzzeitig die mediale Aufmerksamkeit, vor allem weil die Medien sich kurz zuvor noch mit Meldungen von Gewalt gegen Polizeibeamte überschlugen. Der Bericht kritisiert vor allem ein „Klima der Straflosigkeit" in Fällen von Polizeigewalt. Allein in Berlin kam es im Jahr 2008 zu insgesamt 636 Anzeigen gegen Polizeibeamte, bei dem es zu keiner einzigen Verurteilung kam. Dies liegt vor allem an einer fehlenden Kennzeichnungspflicht der Polizist_innen sowie an einen „Korpsgeist" bei Polizei und Justiz, was dazu führt, dass Beamt_innen in Prozessen nicht gegen ihre Kolleg_innen aussagen.

Solidarität mit allen Betroffenen von Polizeigewalt!

Antimilitaristischer Widerstand in Hannover

Hannover Am 7. August hielt die 1. Panzerdivision Hannover ihr jährliches Sommerbiwak im Hannoveraner Stadtpark ab. Wie bereits in den vergangenen Jahren riefen antimilitaristische Gruppen zu einem breiten Widerstand gegen die Kriegsabfeierei auf.

Trotz langer Mobilisierung fiel die Beteiligung an den Protesten relativ gering aus. So nahmen nur etwa 500 Menschen an den Protestaktionen teil. Rund um den Veranstaltungsort des Sommerbiwaks wurden mehrere lautstarke Kundgebungen abgehalten. Darüber hinaus bereiteten etwa 30 Antimilitarist_innen den Gästen des Bundeswehrfestes einen blutigen Empfang. Für eine halbe Stunde blockierten sie mit einem ‚Die-in' den Haupteingang des Veranstaltungsortes.

Schon im Vorfeld kam es zu einer militanten Aktion, bei der Farbe und Steine auf eine Polizeiwache und ein SPD-Büro in Hannover geworfen wurden. Diese Aktion richtete sich gegen die strengen Demonstrationsauflagen.

Baldiger Baubeginn von teilprivatisiertem Knast in Niedersachsen

Bremervörde Auf dem Gelände der ehemaligen Bremervörder Kaserne will das Land Niedersachsen einen teilprivatisierten Knast mit Platz für 300 Gefangene bauen. Ein privater Investor wird den Knast bauen und teilweise betreiben.

Die Landesregierung erhofft sich mit dem Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) Einsparungen im Landeshaushalt. So sollen rund 150 Beschäftigte zukünftig dort arbeiten, davon werden etwa hundert beim Land angestellt sein. Der private Betreiber wird hingegen für die nicht-hoheitlichen Bereiche, wie medizinische Versorgung sowie die Freizeit- und Arbeitsorganisation, zuständig sein.

Der Bau des Knastes wird trotz Kritik von der Opposition möglicherweise noch in diesem Jahr beginnen. Rund zehn kleinere und unrentable Knäste in Niedersachsen sollen im Gegenzug geschlossen werden.

In der BRD gibt es bislang mehr als fünf andere teilprivate Knäste, wie zum Beispiel in Burg bei Magdeburg und in Hünfeld in Hessen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Warnung vor zwei Personen im Weser-Ems-Gebiet

Seit etwas mehr als einem Jahr bewegen sich zwei Personen in linken/linksradikalen Kreisen im Weser-Ems-Gebiet, vor denen wir eindringlich warnen.

Seit etwas mehr als einem Jahr bewegen sich zwei Personen in linken/linksradikalen Kreisen im Weser-Ems-Gebiet, vor denen wir eindringlich warnen. Sie treten unter den Alias-Namen „Juli“ und „Manu“ auf. „Juli“ ist Ende 20, wirkt aber älter. Sie ist klein und zierlich, hat momentan längere schwarze Haare, trägt ein Nasen-Piercing und mehrere Tätowierungen. „Manu“ ist ebenfalls etwa Ende 20, groß und muskulös und trägt eine Glatze.

Bei „Juli“ handelt es sich um ein ehemals führendes Mitglied und die Mitbegründerin einer bedeutenden Nazi-Kameradschaft. In mehreren Gesprächen tischte sie uns die unterschiedlichsten Versionen ihres „Ausstiegs“ auf. Da sie dabei wichtige Teile ihrer Geschichte verschwieg oder verharmloste und uns auch stumpf belog, bestehen bei uns ernsthafte Zweifel an ihrem endgültigen Ausstieg aus der Nazi-Szene.

Darüber hinaus schrieb sie vor einigen Jahren in einer Mail an eine Antifa-Struktur, dass sie sich für ihren „Ausstieg“ aus der Nazi-Szene an den Verfassungsschutz gewandt habe und von diesem 45.000 Euro (!) erhielt. Uns gegenüber leugnete sie allerdings jeglichen Kontakt zum Verfassungsschutz, ohne dabei einleuchtende Erklärungen für ihre eigene Mail oder ihren Lebenswandel nach dem „Ausstieg“ vorzubringen. Vielmehr verstrickte sie sich bei ihren „Erklärungen“ immer tiefer in ein Konstrukt aus Lügen.

Aus diesen (und vielen weiteren) Gründen sehen wir keine andere Möglichkeit, als jegliche politische Zusammenarbeit mit „Juli“ einzustellen. Da sich ihr langjähriger Lebensgefährte „Manu“ bisher absolut loyal ihr gegenüber verhält und es trotz diverser Versuche bisher nicht gelang, weitreichendere Erkenntnisse über seinen bisherigen Lebensweg in Erfahrung zu bringen, wird es auch mit ihm (zumindest bis auf Weiteres) keinerlei Zusammenarbeit mehr geben. Aufgrund des massiven Misstrauens gegen die beiden wird es ebenfalls keine Zusammenarbeit mehr mit Gruppen und Strukturen geben, die die Beiden in ihren Kreisen dulden.

Wir bitten alle, die in der Vergangenheit ebenfalls mit „Juli“ und „Manu“ zu tun hatten, uns über diese Kontakte und deren Verlauf zu informieren.

Antifa-Cafe Oldenburg

August 2010

Wenn ihr glaubt, Informationen über die beiden zu besitzen, Fragen oder sonstiges vorzubringen habt, wendet Euch an unsere E-Mail-Adresse: antifacafe-ol@riseup.net (PGP-Key gibt es auf Anfrage)

Kriegerdenkmal an der Ofener Straße geteert und gefedert

In der Nacht auf den 23. Juli fand in Oldenburg diese wohl einzigartige antimilitaristische Aktion statt. Die »Artillerie-Ehrenhalle« wurde 1921 gebaut. Diese und die sie umgebenen Gedenksteine sollen die deutschen Soldaten des 1. und 2. Weltkrieges und der Kolonialkriege »ehren«. Es ist das größte »Kriegsdenkmal« der Stadt und daher der zentrale Kranzabwurfplatz der Bundeswehr, des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Bezirksregierung und der Stadt Oldenburg im Rahmen des sogenannten »Volkstrauertages«, welcher bis 1945 noch unter dem Namen »Heldengedenktag« zelebriert wurde.

Der angerichtete Schaden soll 5000-6000 Euro betragen. Die Antimilitarist_innen wurden nicht nur nicht ausfindig gemacht. Die Polizei bemerkte die Aktion erst drei Tage nach der Tat. Der Alhambra-Zeitung wurde ein Bekenner_innenschreiben zugestellt, dass hier dokumentiert wird:

„In der Nacht vom 22. auf den 23. Juli wurde das Kriegerdenkmal auf dem Gelände der Jade Hochschule an der Ofener Straße geteert und gefedert. Sowohl Fassade als auch der sich im Inneren befindliche Altar wurden mit Teerfarbe und Federn verziert. Die Gedenksteine, seitlich des Denkmals wurden farblich dem neuen Gesamtbild angeglichen. Mit dieser Aktion stellen wir eines klar:

NS-Verbrecher und Bundeswehrsoldaten sind keine Opfer!

Die wahren Helden, denen mensch gedenken sollte, sind die Saboteure in den Rüstungsbetrieben, die Widerstandskämpfer unterschiedlichster Koleure und all jene, welche sich gegen den Krieg gestellt haben. Die unzähligen Opfer die unter der Wehrmacht zu leiden hatten und durch sie zu Tode kamen werden durch solche Ehrenmale verhöhnt. Menschen, die im Auftrag des Staates töten, sind keine Helden!

Wer freiwillig den Dienst an der Waffe wählt, nimmt billigend den Tod anderer Menschen in Kauf. In Zeiten, da die Bundeswehr längst keine bloße Verteidigungsarmee mehr ist, sondern aktiv im Ausland an Kampfhandlungen mitwirkt, ist für Soldatinnen die logische Konsequenz ihrem Gelöbnis auch Taten folgen zu lassen.

Wir fordern den Abriss aller NS-Gedenkstätten und Bundeswehr Ehrenmale, sowie die Auflösung der Partnerschaft zwischen Bundeswehr und der Stadt Oldenburg!

„Keine Versöhnung mit der Vergangenheit. Mörder sind keine Helden – Täter werden keine Opfer!“

KOMMANDO ANDI, NRW“

Bundesweite Demonstration am 10.10.2010 in Oldenburg!

Wütend über Milliardengeschenke an Banken und Sparpakete für die Ärmsten der Gesellschaft? Ungläubiges Staunen, dass mit der Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Beziehende in erwünschte und unerwünschte Kinder unterschieden wird? Sauer, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Flaues Gefühl im Magen, weil die Gesundheit immer teurer, die Rente immer kleiner und die Zukunft immer ungewisser wird? Null Verständnis dafür, warum es in einer reichen Gesellschaft immer noch keinen gesetzlichen Mindestlohn und kein ausreichendes Einkommen für alle geben soll? Abgenervt von Westerwelle und Co? Ohnmachtsgefühle, denn was kann man schon tun?

Wir wollen nicht jammern und nicht betteln! Wir wollen Krach schlagen – mit Töpfen und Kochlöffeln, Spaß und Selbstbewusstsein! Wir wollen demonstrieren, dass Erwerbslose sich nicht beschimpfen und verhöhnen lassen. Deshalb:

- **Wir wollen ein Einkommen für alle, das auch für eine gesunde Ernährung ausreicht!**
- **Wir wollen Arbeitsplätze mit sinnvoller Arbeit und existenzsicherndem Einkommen!**
- **Wir wollen gesellschaftliche Kontrolle unserer Lebensmittelproduktion!**
- **Wir wollen eine ökologisch nachhaltige und regionale Versorgung mit Lebensmitteln!**

Krach schlagen statt Kohldampf schieben!
Mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!

Noch in diesem Jahr muss die Bundesregierung die Hartz-IV-Sätze neu berechnen. Viele Erwerbslosengruppen und die ALSO fordern für Erwachsene 500 Euro, viele gewerkschaftliche Initiativen mindestens 440 Euro. Noch in diesem Jahr muss es genug Geld geben für eine ausreichende und ausgewogene Ernährung. Für Ernährung gibt's heute für Erwachsene nur 118 Euro monatlich, pro Tag 3,94 Euro, für ein 13-jähriges Kind gar nur 2,76 Euro. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal. Mindestens 80 Euro mehr im Monat sind für eine ausreichende und einigermaßen ausgewogene Ernährung notwendig!

Zu wenig Hartz IV ist schlecht für alle!

Mit Hartz IV sind wir gezwungen, bei Aldi und Lidl einzukaufen. Aber wir wollen nicht als Rechtfertigung für den Preiskrieg der Discounter missbraucht werden. Mit ihrer wachsenden Marktmacht bedrohen sie die Existenz kleiner Lebensmittelprodu- zentInnen, sind verantwortlich für unmenschliche Löhne und Arbeitsbedingungen auf der ganzen Welt und zerstören mit immer weiteren Transportwegen die Umwelt. Uns ist die Qualität unserer Ernährung und unserer Umwelt nicht egal. Und es ist uns auch nicht egal, unter welchen Bedingungen – weltweit – die Lebensmittel produziert und verkauft werden und wie dabei mit unserer Umwelt und den Tieren umgegangen wird. Wir wollen faire, gerechte und nachhaltige Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen auf der ganzen Welt! Mit dieser Einstellung stehen wir nicht alleine da: Gewerkschaften und Landwirte streiten mit uns.
Wir bestehen darauf, dass der von allen erarbeitete gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt wird. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Einkommen, egal ob sie oder er gerade Arbeit hat oder nicht!

In die Pötte kommen:
Kochtöpfe und Löffel mitbringen!

DEFINITIONSMACHT

WAS IST EINE PATRIARCHALE GESELLSCHAFT?

Unser gesellschaftliches Zusammenleben ist geprägt von einer hierarchischen Beziehung zwischen den Geschlechtern. Frauen sind Männern in den unterschiedlichsten Lebensbereichen strukturell untergeordnet. Diese Unterordnung ist Ausdruck eines patriarchalen Gesellschaftssystems.

Die Herstellung der Über- und Unterordnungen funktioniert durch sichtbare und unsichtbare Mechanismen.

Die dichotomen Trennungen in Privat und Öffentlich, Reproduktion und Produktion, sowie gegensätzliche Verhaltenszuschreibungen und Attribute, die in den Werten einer Gesellschaft positiv oder negativ konnotiert sind, gelten z.B. als (Aus)Wirkungen einer patriarchalen Gesellschaftsform. So gelten Frauen z.B. als emotional, schwach, etc., während Männer den rationalen, starken, etc. Gegenpart dazu liefern. Die geschlcchtsspezifischen Unterschiede werden als „natürlich" angesehen und erscheinen uns deswegen oft als logisch und normal. Genau diese naturalisierten Annahmen legitimieren jedoch, dass in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Männer über mehr öffentliche Macht und Ressourcen verfügen als Frauen. Beispiele dafür sind: Frauen verdienen bei gleicher Tätigkeit im Job häufig weit weniger Geld als Männer, Frauen sind weit weniger in gehobenen gesellschaftlichen Positionen zu finden, etc. Das Patriarchat ist also eine der Herrschaftsstrukturen, die das Leben massiv bestimmen.

Dennoch und das ist sehr wichtig, gibt es nicht die universale Kategorie „unterdrückte Frau". Vielfältige Verflechtungen der Machtstrukturen machen eine Einsortierung von Frauen „als Opfer" und Männer als Täter unmöglich. So wie es „die Frauen" nicht gibt, kann es auch keine reinen Kategorien von Herrscher und Beherrschte geben. Frauen sind Akteurinnen und Gestalterinnen sozialer Prozesse und damit nicht nur Opfer, sondern oft auch Täterinnen sowie handelnde Subjekte. Die meisten Menschen sind aktiv an der Reproduktion hierarchischer Geschlechterverhältnisse beteiligt — das schließt auch diejenigen mit ein, die sich in der strukturell untergeordneten Position befinden. Neben den vielfältigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sollten wir jedoch nicht vergessen, dass wir immer noch in patriarchalen Verhältnissen leben!

WAS IST SEXISMUS?

jedes Verhalten was patriarchale Strukturen aufrecht erhält, ist sexistisches Handeln und Verhalten. Mit diesem Verhalten werden die Strukturen auch immer wieder manifestiert. Sexistisches Verhalten äußert sich, wie oben bereits erwähnt, in den unterschiedlichsten Formen. Beispiele sind abfällige Bemerkungen über das Aussehen von Frauen, sexuell konnotierte Sprüche, eine Reduktion auf körperliche Merkmale, nicht ernst nehmen aufgrund des Frauseins, etc.

Eine der stärksten Manifestationen sexistischen Verhaltens zur (Wieder-) Herstellung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sind sexualisierte Übergriffe oder Vergewaltigungen. Sie sind deswegen eine der stärksten Manifestationen, weil die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ausgehebelt wurde und keine Handlungsmöglichkeit mehr bleibt. Es entsteht eine Situation, in der das Gefühl der Ohnmacht vorherrscht. Aber nicht nur durch die Tat selber, sondern auch die Reaktionen des Umfelds spielen eine große Rolle. Machtverhältnisse werden auch dadurch manifestiert, dass sexistische Verhaltensweisen nicht angesprochen, sondern tot geschwiegen oder Wahrnehmungen von Frauen in Frage gestellt und als „irrational" oder „übertrieben" dargestellt werden.

Auch die subtile Art der „Psychopathologisierung" des Täters (z.B. „der Täter war ein krankes Monster, normalen Männern passiert so etwas nicht") bzw. die Stilisierung sexualisierter Gewalt als abnorme Ausnahme reproduzieren die machtvollen gesellschaftlichen Verhältnisse in denen wir leben.

Aufgrund der Allgegenwärtigkeit von strukturellen sowie individuellen Bedrohungen und der damit verbundenen Ängste werden Frauen massiv in ihrer Lebensweise eingeschränkt. Denn nicht nur das Erleben der Gewalt, sondern das Leben mit der Angst vor dieser übt eine enorme Einschränkung des Bewegungsraumes und der Möglichkeit des unbeschwerten Bewegens aus.

Aber „die Linken" haben sich doch mit Machtverhältnissen auseinander gesetzt? Auch wenn Auseinandersetzun-

gen zu Patriarchat/ Macht/ Sexismus immer weniger stattfinden und auf dem linksradikalen Tagesplan den vielen anderen Themen gewichen sind, wird sich peripher noch mit dem Thema beschäftigt. Das ändert aber leider nichts an der Tatsache, dass gesellschaftliche Strukturen unglaublich gut „wirken" und Denk- und Handlungsmuster nicht einfach abgelegt oder geändert werden können. Immerhin haben wir jahrelang in diesen Strukturen gelebt ohne sie zu hinterfragen, haben über Eltern, Schule und Freunde all unser Verhalten gelernt und tragen somit dazu bei diese Strukturen weiter zu vermitteln.

Außerdem sind patriarchale Verhältnisse und sexistische Ausfälle sehr wandelbar. Die Rollen von Frauen und Männern ändern sich fortwährend, sie bewegen sich aber trotzdem immer innerhalb einer patriarchalen Logik, die zu erkennen nicht immer einfach ist.

WAS IST DENN 'GEWALT GEGEN FRAUEN'?

Es gibt die unterschiedlichsten Ausdrucksformen von Gewalt gegen Frauen. Und so groß der Unterschied zwischen den Erscheinungsformen der Gewalt ist (Blöd anquatschen bis zu einem sexualisierten Übergriff) und auch immer die Gefahr der Verharmlosung besteht – sie sind alle Ausdruck des gleichen Gewaltverhältnisses und geben gemeinsam ein gut funktionierendes System ab und/oder bauen aufeinander auf. Ohne Gewalt bagatellisieren zu wollen ist es wichtig zu verstehen, dass es bei sexistisch motivierten Übergriffen keine genormten Grenzen von Gewalt/ NichtGewalt geben kann:

Erstens weil das, was unter Gewalt verstanden wird, aus dem gesellschaftlichen Kontext heraus entsteht und diesem Verständnis patriarchale Verhältnisse zugrunde liegen. Sexualisierte Gewalt ist Ausdruck dieser bestehenden Machtverhältnisse. So wird in der malestream Definition z.B. davon ausgegangen, dass sich eine Frau, der Gewalt angetan wird, direkt nach Kräften wehren muss und im Moment des Übergriffs ein deutliches Gefühl hat, wer Opfer und wer Täter ist (in den häufigsten Fällen sind die Täter nahe stehende Personen: der Freund, Onkel, Bekannte aus engster Familie etc.- eine „klare Einsortierung" ist in dem Moment des Übergriffs oft unmöglich), ansonsten wird es nicht als Gewalt angesehen.

Aber bei Männergewalt gegen Frauen stimmt diese Auffassung oft nicht, weil Frauen nicht selbst definieren können/ dürfen ob das, was ihnen passiert, Gewalt ist. Die Selbstwahrnehmung und Selbstdefinition von Frauen steht im Schatten der gültigen männlichen Definitionen, an deren Zustandekommen Frauen nur mittelbar teilhaben und die jederzeit veränderbar sind, je nachdem, was männlichen/ politischen Interessen gerade opportun erscheint.

Zweitens weil jede Frau unterschiedliche Grenzen hat, in denen erträgliches in unerträgliches übergeht.

WOHER KOMMEN INDIVIDUELL UNTERSCHIEDLICHE WAHRNEHMUNGEN VON GRENZEN?

Die „männliche" Definition von Grenzen wird also als „normal" angenommen. Sie ist aber nicht normal und pauschalisierbar. Jedes Mädchen/ Frau setzt ihre Grenzen selbst und damit unterschiedlich und nicht so, wie die vom Sexismus geprägte Gesellschaft diese Grenzen zieht:

Jede Frau kann nur für sich selbst sagen, was sie als Gewalt empfindet und wie sie diese Gewalt wahrnimmt. Denn Männergewalt trifft die einzelne Frau in einer spezifischen Lebenssituation. Diese Gewalt wird aufgrund ihrer persönlichen Geschichte und Gegenwart unterschiedlich eingeordnet und eingeschätzt.

Dadurch, dass es aber eine genormte Gewaltdefinition gibt, die von Kind an anerzogen, erlebt und kopiert wird, kommt es bei den häufigsten Fällen sexueller Übergriffe erst nach Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren zu einer Benennung der Gewalt durch die betroffene Frau oder zu einem Bewusst werden, dass die körperliche Integrität gewaltvoll verletzt und übergangen wurde.

Patriarchale Verhältnisse prägen die Lebensbedingungen und den Alltag von Frauen. Sie spiegeln sich in der Dominanz männlicher Interessen in allen Lebensbereichen und in einer patriarchalen Definitionsmacht wider, die die vielfältige Gewaltausübung von Män-

'DIE REVOLUTION AM HORIZONT ERBLICKEN

nern gegenüber Frauen rechtfertigt und verharmlost.

Zentral für das Erleben von Gewalt ist das persönliche Empfinden einer Grenzüberschreitung.

Die leider gängige Meinung und Unterstellung, dass nur wenn Frau sich körperlich oder vehement verbal wehrt, Gewalt stattgefunden hat, ist eine üble Manifestation dieser patriarchalen Definition.

UND DESWEGEN DIE DEFINITIONSMACHT:

Um aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden und den individuellen Gewalterfahrungen gerecht zu werden, als auch den genormten Ansprüchen zu entkommen, die ein ganz bestimmtes Opferverhalten verlangt, wird die Definitionsmacht gefordert:

...Aufgrund von individuell verschieden erlebter und wahrgenommer Gewalterfahrungen, sowie in Ablehnung zu der mainstream Gewaltdefinition, die der hegemonial männlich geprägten Gesellschaft entsprungen ist, KANN nur von den betroffenen Frauen definiert werden, ab wann Gewalt anfängt, Grenzen überschritten werden und was als Gewalt wahrgenommen wird.

jedenfalls dann, wenn versucht werden soll diese Machtverhältnisse aufzubrechen und die von sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen zu unterstützen.

DEFINITIONSMACHT? JA!...WIRKLICH?

Das Benennen einer Vergewaltigung darf NICHT in Frage gestellt werden. Das „In- Frage- stellen" fängt aber nicht erst beim Absprechen eines sexualisierten Übergriffs an, sondern schon dann, wenn kritisch nachgefragt wird, der Übergriff geschildert werden soll, wenn Fragen kommen wie: Warum hat sie sich denn nicht gewehrt (zu der Thematik „typisches Opferverhalten" siehe auch den Text zu Auswirkungen und Folgen in diesem Reader), warum hat sie denn nicht früher was gesagt oder fragen wie: Kannten sie sich denn nicht schon vorher und hatten mal was miteinander, waren sie besoffen, etc, pp.

Unabhängig davon, wie der sexualisierte Übergriff aussah, der einer Frau angetan wurde: wenn sie es als Vergewaltigung bzw. sexualisierten Übergriff bezeichnet, dann entspricht das genau ihrer Wahrnehmung und ist somit als genau diese Benennung zu respektieren.

Das bedeutet nicht, dass die Definitionsmacht das beste Mittel ist die Welt ein Stück besser zu machen. Nein, es bedeutet nur, dass es innerhalb der gegenwärtigen sexistischen Um-und Zustände keinen besseren Umgang gibt, der das Recht auf Selbstbestimmung gewährleistet. Definitionsmacht ist ein politisches Mittel, um gegen den sexistischen Normalzustand anzukommen. Sie ist ein Mittel, das in Kreisen, die einen emanzipierten Umgang mit Machtverhältnissen fordern, angewendet wird, denn Vergewaltigung ist der wirkungsvollste und mächtigste Bestandteil sexistischer Machtausübung.

UMGANG IN 'DER SZENE' UND ANDERSWO:

Die häufigsten Ressentiments gegen die Definitionsmacht werden damit begründet, dass sie der Willkür von Frauen Tür und Tor öffnet.

Das liegt an der weit verbreiteten Auffassung, dass Vergewaltigungen hinter Büschen im Dunklen durch fremde Männer passieren, aber keinesfalls im aufgeklärt-befreundeten Umfeld. Doch plötzlich ist es jemand aus „der Szene". Eine Frau benennt die Vergewaltigung. Der Zünder ist an und alles geht von vorne los, wie schon in den letzten 10 Jahren. Die gleichen Diskussionen, die gleichen Argumente, die gleichen immanenten patriarchalen Vorstellungen.

Angeblich rational werden in linken Zusammenhängen eindeutig juristisch definierte Tatbestände gefordert, eine eindeutige Definition, die sich über die Wahrnehmung der betroffenen Frau hinwegsetzt. Es wird der gesamtgesellschaftliche Zustand reproduziert, es kommt zu einer Verschleierung der alltäglichen Gewalt von Männern gegen Frauen: Die betroffene Frau muss sich rechtfertigen und die herrschende patriarchale Definition von Vergewaltigung akzeptieren und muss nachweisen, dass der Mann wirklich ihren Willen übergangen hat. Ihr Erleben der sexualisierten Gewalt spielt dann keine Rolle, obwohl hinreichend bekannt ist, dass die meisten Vergewaltigungen eben

nicht von hinter Büschen lauernden Männern begangen werden.

Die Betroffene sieht sich der Situation ausgesetzt das Umfeld wissen zu lassen, was denn „wirklich" passiert sei um „objektiv" beurteilen zu können. Damit wird ihr ihre Wahrnehmung abgesprochen.

Auch die modifizierte Befragungssituation in linken Gruppen ändert nichts an der Tatsache, dass sich die Frau vor einem sich selbst für objektiv haltenden Gremium (und sei es auch ein Frauengremium) rechtfertigen muss, dem die Entscheidungs- und Urteilskompetenz zu- und ihr damit abgesprochen wird.

Damit unterscheidet sich diese Art der Vorgehensweise im Grunde nicht vom bürgerlichen Gerichtsverfahren, in dem der Frau ein grundsätzliches Misstrauen entgegengebracht wird: Das Absprechen der Wahrnehmungsfähigkeit der Frau dient dem Schutz des Vergewaltigers. Er soll vor einer möglichen Falschaussage geschützt werden. Außer Acht gelassen wird, dass keine Frau sich freiwillig dieser Situation aussetzt: Das eine Frau sprachlos sein könnte, traumatisiert, voller Scham die erlebte Demütigung noch einmal sprachlich zu wiederholen, wird dabei oft übersehen oder geflissentlich übergangen. Was kann das für die Betroffenen bedeuten?

Mit dem Absprechen der Wahrnehmungsfähigkeit der Frau wird das Ohnmachtsgefühl, dass sie bei dem Übergriff erleben musste, nochmal massiv verstärkt/erneut erlebt. Retraumatisierung, bzw. Traumatisierung sind häufige Folgen. (Siehe dazu den Text zu „Reaktion des Umfeldes und Auswirkungen und Folgen von sexualisierter Gewalt") Grenzen und Möglichkeiten der Definitionsmacht:

Kennzeichnend für die Umgangsweise in gemischt geschlechtlichen Zusammenhängen ist damit trotz gegenteiliger Beteuerungen, dass im Zentrum der Auseinandersetzung die Bedürfnisse von Männern stehen. Trotz des Wissens, dass die meisten Vergewaltigungen nicht öffentlich gemacht werden, weil die Frauen sich der Prozedur einer „öffentlichen Beweisführung" psychisch nicht gewachsen fühlen, wird die Aussage der Frau bezweifelt. Damit wird in Kauf genommen, dass es keine Konsequenzen für den größten Teil der vergewaltigenden Männer gibt, aber wenigstens können keine scheinbar „unschuldigen" Männer verurteilt werden:

„Die Frauen, die ihre Vergewaltigung veröffentlichtllich(t)en, zahl(t)en einen hohen Preis, wahrscheinlich einen höheren als die Vergewaltiger: Total-Rückzug aus der Szene, Verlust vieler Freund_innen und Genoss_innen. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Ängste vor einem Missbrauch der Definitionsmacht mehr als unbegründet. Jede Frau wird es sich nämlich zweimal überlegen, ob sie eine Vergewaltigung öffentlich macht und sich so dem damit verbundenen Rechtfertigungsdruck und den sozialen/emotionalen Bestrafungen der Vergewaltiger Freund_innen (Anrufe, Kontaktabbruch, Blicke, SMS und Schlimmeres) aussetzt. Kurz gesagt: Warum ein Vergewaltiger seine Tat abstreiten wird, ist sonnenklar, nämlich aus Selbstbehauptungswillen. Warum aber eine Frau einen Vergewaltiger willkürlich outen sollte, ist nahezu unerklärlich, weil sie von einem Outing in der jetzigen Szene-Situation eigentlich weniger Vorteile als vielmehr Ärger hat.

Das heißt selbstverständlich nicht, dass ein Missbrauch der Definitionsmacht ausgeschlossen ist. Auf diesem Argument herumzureiten, offenbart aber nur zu deutlich die Interessenlage potentieller Vergewaltiger – oder allgemeiner gesprochen – sexistischer Männerinteressen, weil jede Wahrscheinlichkeit dagegen spricht. Das Urteil über die Definitionsmacht – egal, ob dafür oder dagegen – muss in dem Moment in sich falsch werden, wo es moralisch oder rechtlich gefällt wird, anstatt als politische Entscheidung im Kampf gegen Sexismus in Szene und Gesellschaft. (www.antisexismus.tk)

DIE ANERKENNUNG DER DEFINITIONSMACHT IST NOTWENDIGES MITTEL IM KAMPF GEGEN UNTERDRÜCKUNGSVERHÄLTNISSE.

aus: antisexismus reloaded
Zum Umgang mit sexualisierter Gewalt – ein Handbuch fuer die antisexistische Praxis

Anna und Arthur haben sich mit Kerstin Koletschka von der Anlauf- und Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen Wildwasser Oldenburg e.V. getroffen um mit ihr über ihre Arbeit zu sprechen.

Wildwasser stellt sich vor

Arthur: Möchtest du einfach mal im Allgemeinen erzählen, worin eure Arbeit bei Wildwasser besteht?

Kerstin: Wir sind eine Anlauf- und Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Frauen. Wir bieten persönliche Beratung bis zum 27. Lebensjahr an, das heißt im besten Falle ruft man an oder macht den Erstkontakt übers Internet über unsere Online-Beratung und dann kommen betroffene Mädchen und Frauen zu uns (siehe Infokasten, Anm. der Red.). Natürlich schicken wir Betroffene, die älter als 27 sind, nicht ohne Beratung weg! Wir versuchen sie an andere Stellen weiterzuverweisen.

Daneben machen wir noch viel Präventionsarbeit, das ist mein Hauptaufgabengebiet. Wir haben z.B. ein Präventionspaket, das nennt sich „Chatten – aber sicher!". Sexueller Missbrauch findet natürlich in der „normalen" Welt statt, aber eben auch im Internet. Ich biete dieses Präventionspaket an, das besteht aus einer Lehrer-Informationsveranstaltung, einem Elternabend und dann gehe ich in Schulklassen ab der 5. Klasse und mache Workshops mit Schülerinnen und Schülern. Wir wünschen uns, dass es ein geschlechtsspezifisches Präventionskonzept geben wird. Ich glaube, dass es in einer Gruppe, die nur aus Mädchen besteht, Betroffenen leichter fällt, sexualisierte Übergriffe anzusprechen. Wir haben auch ein Konzept geschrieben, sind aber jetzt auf der Suche nach Sponsoren, weil wir einen Jungentrainer einkaufen müssen.

Prävention, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, z.B durch Infostände und Publikationen und Vernetzung mit anderen Beratungsstellen und Arbeitskreisen ist, was unsere Arbeit ausmacht. Überhaupt das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen ist uns sehr wichtig.

Anna: Wie ist denn Wildwasser entstanden?

K: Der erste Wildwasser-Verein hat sich vor 30 Jahren in Berlin gegründet. Die Vorreiterinnen waren von sexualisierter Gewalt Betroffene und kamen aus der Frauenbewegung. Die haben dann eine Selbsthilfegruppe gegründet. Sie wollten dieses sehr tabuisierte Thema erstmals in die Öffentlichkeit bringen. Nach und nach entstanden dann bundesweit andere Beratungsstellen, die sich auch Wildwasser genannt haben. Bei Wildwasser Oldenburg war das, soweit ich weiß, keine Selbsthilfegruppe. 1988 gab's in Oldenburg die ersten Zusammenkünfte und ein Jahr später wurde der Verein als gemeinnützig und als Träger von Jugendhilfeleistungen nach dem KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) anerkannt.

Anna: Und ihr bekommt ja auch Fördergelder nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz...

K: Wir bekommen eine bestimmte Summe von der Stadt Oldenburg, die wurde aber gekürzt. Wir kriegen jetzt höchstwahrscheinlich für 2010 5% weniger, das macht ungefähr 5000€ aus, das ist schon echt viel. Das Land Niedersachsen gibt uns auch Gelder. Einen ganz großen Teil müssen wir über Spenden einfahren oder über finanzierte Veranstaltungen, z.B. über Fortbildungen, die wir geben. Die Online-Beratung finanziert sich nur über Spenden.

Es ist schon so, dass wir jedes Jahr wieder neue Anträge stellen und darum kämpfen müssen, dass wir das, was wir brauchen zur Sicherstellung unseres Hilfsangebots auch wieder kriegen.

Arthur: Ich wollt noch mal fragen, mit der Internet-Beratung... Wird das gut angenommen?

K: Ja, die Online-Beratung ist eine ganz tolle Sache, um Hemmschwellen zu senken. Die Betroffenen haben die Möglichkeit des Einzelchats oder der E-Mail-Beratung. Es geht uns dabei nicht darum zu sagen ‚Kommt doch mal in die Online-Beratung und bleibt schön da'. Es ist das Ziel, die Betroffenen oder die Ratsuchenden in die persönliche Beratung überzuleiten. Oftmals sind es einfache Fragen wie ‚Was passiert in der Beratungsstelle, muss ich da alles erzählen?'. Die Online-Beratung ersetzt natürlich keine persönliche Beratung, aber es öffnet merkbar Türen. Letztes Jahr haben 82% der Betroffenen angegeben, dass der Erstkontakt über's Internet stattfand.

Es gibt ja viele Foren im Internet, wo sich Betroffene austauschen und viele davon sind bestimmt gut, aber es gibt eben auch welche, wo sich die Betroffenen gegenseitig triggern und retraumatisieren, z.B. dadurch, dass sie unter dem Deckmantel der Anonymität zu viel fragen. Ich denke immer, es ist gut, dass sie online sind, aber wir müssen dann ein Beratungsangebot einbringen, was sie dabei unterstützt zu sagen ‚Ok ich gehe jetzt aber auch den nächsten Schritt, raus aus dieser Anonymität'. Sonst besteht die Gefahr, dass sie an diesem Punkt hängen bleiben und nichts weiter unternehmen. Als Bera-

terinnen sind wir darauf angewiesen, Emotionen erkennen zu könne, was ja im Internet nicht der Fall ist.

Im Allgemeinen können wir aber sagen, dass es wirklich gut angenommen wird. Wir haben das erste halbe Jahr so viele E-Mails bekommen, wie im ganzen letzten Jahr. Trotz der Online-Beratung besteht natürlich nach wie vor die Möglichkeit, sich telefonisch beraten zu lassen.

Anna: Wie organisiert ihr eigentlich eure Arbeit?

K: Wir sind ein eingetragener Verein und haben einen sehr unterstützenden Vorstand. Wir sind ein geschäftsführendes Team von vier Frauen. Jede hat natürlich eine bestimmte Aufgabe, wir sind aber trotzdem alle für den Laden verantwortlich. Diejenigen, die für persönliche Beratung und Online-Beratung zuständig sind, treffen sich unabhängig vom Geschäftsführungsteam einmal in der Woche zur so genannten Fallbesprechung. Natürlich ist man als Beraterin alleine mit der Klientin, trotzdem werden neue Fälle auch im Team vorgestellt. Wir stehen natürlich unter Schweigepflicht, aber innerhalb der Einrichtung ist es auch einfach wichtig zur Qualitätssicherung. Wenn man zum Beispiel jemanden am Telefon hat, dann weiß ich genau, dass ist die Klientin die bei Conny ist, dann kann ich schnell weiter verweisen. Dann gibt's noch monatlich ein Plenum mit allen, die hier arbeiten. Dabei versuchen wir so authentisch wie möglich zu sein, damit alle das gleiche Mitspracherecht haben. Das gibt's ja echt sehr selten, oder gar nicht (schmunzelt).

Anna: Das stimmt. Wir haben uns gefragt, wie ihr selber mit dem Erlebten fertig werdet. Also wie geht ihr damit um, dass euch Leute die krasseste Scheiße erzählen?

K: Es ist immer die Frage, was man für ein Bild von Beratung hat. Viele denken, die Betroffenen erzählen detailliert, was ihnen passiert ist und danach geht's ihnen wieder besser. So funktioniert Beratung aber nicht. Es ist nicht so, dass Betroffene uns berichten, was denn wie oft, wann und mit wem passiert ist. Das stoppen wir auch, weil die Gefahr einer Retraumatisierung einfach zu groß ist. Trotzdem haben Tränen hier natürlich Platz. Wir sind keine Therapeutinnen, wir sind alles Diplom-Pädagoginnen oder Sozial-Pädagoginnen mit traumaberaterischer Zusatzausbildung und unsere Aufgabe ist die Stabilisierung. Es geht bei unserer Arbeit darum, dass die Betroffenen erstmal einigermaßen festen Boden unter den Füßen kriegen und das kriegen sie nicht, indem sie alles erzählen, sondern wir gucken, was zur Zeit schwierig ist und was helfen kann, damit's wieder besser geht. Was wir unter Anderem machen ist ganz viel erklären, zum Beispiel warum Betroffene Flashbacks haben und was im Gehirn passiert, was ein Trauma ist, warum manche Erinnerungsstücke so lückenhaft sind und auch sein müssen, weil das Erlebte sonst vielleicht gar nicht aushaltbar ist... Also, es geht hier ganz viel um Erklärung, was macht sexueller Missbrauch eigentlich mit mir.

Viele, die sexualisierte Gewalt erfahren haben, denken ich bin jetzt Opfer – das sagen wir zum Beispiel nicht, sondern du bist Betroffene. Wir reduzieren die Betroffenen nicht auf ein Opfer-Sein. Das ist auch so negativ besetzt. Stattdessen wertschätzen wir sie hier als Person, die was erlebt hat und gucken, was sie schon für Strategien hat, um mit dem Erlebten umzugehen. Das ist auch das Tolle an der Arbeit: Du kommst mit Frauen oder Mädchen zusammen, die ganz tolle eigenständige Strategien entwickelt haben, um mit dem Erlebten fertig zu werden, z. B. schreiben oder malen, die sie vielleicht selbst als normal empfinden, aber eigentlich Bestandteile von einer Traumatherapie sind. Das ist wirklich super. Viele machen schon so viele tolle Sachen, machen sich aber so nieder, weil sie denken, ich bin nur noch die Hälfte wert, ich habe Schuld, ich habe Schamgefühle, ich habe Ängste.

Viele erleben dieses Beratungskonzept als sehr hilfreich. Oft bekommen wir zu hören,,Hätte ich gewusst, dass Beratung so funktioniert – auf Stärken schauen, etwas mit Distanz betrachten – dann wäre ich schon viel eher gekommen'. Ihr könnt euch das vorstellen, niemand kommt hier freiwillig her, wenn man sagt,Jetzt geh mal zu Wildwasser, erzähl den alles und dann ist alles wieder gut...' Wie soll ich denn das erzählen, was für mich so unaussprechlich ist?

Trotzdem achten wir auch auf die eigene Psychohygiene. Wir machen regelmäßig eine Supervision, da kommen dann Fachleute von außerhalb die uns helfen, die Eigenanteile

zu reflektieren und uns weiterzubilden. In diesem Rahmen findet auch ganz viel Selbstreflexion statt. Neben der Supervision haben wir uns als Beraterinnen natürlich auch ein Umfeld und Arbeits- und Teamklima geschaffen, in dem wir uns wohlfühlen können. Die Atmosphäre hier ist wirklich sehr gut, wir sind ein eingespieltes Team, was mir auch persönlich als Beraterin oder Online-Beraterin guten Rückhalt gibt. Trotzdem kann es uns schon mal mitnehmen, aber wir haben als Beraterinnen alle Methoden entwickelt, mit dem Gehörten umzugehen und uns davon zu distanzieren.

Arthur: Kannst du uns sagen, wie ihr sexualisierte Gewalt definiert?

K: Ja, es gab mal einen Anruf von einer ältere Dame, die fragte mich: ‚Wie kann denn das sein? Warum machen die Männer denn sowas mit den Kindern? Die haben doch Frauen.' Da war ich natürlich erstmal baff und musste dieser Frau erklären: ‚Wissen sie, sie müssen sich das so vorstellen: Sexueller Missbrauch ist keine gewaltvolle Sexualität, sexueller Missbrauch ist eine sexualisierte Form von Gewalt. Es geht um Machtmissbrauch, nicht um sexuelle Befriedigung.'

Sexualisierte Gewalt kann ganz unterschiedliche Formen haben, es können schon Blicke sein, es können Worte sein, es kann ‚ne Anmache übers Netz sein, übern Chat. Dort wo eine persönliche Grenze mittels sexualisierter Worte, Blicke, Handlungen, etc. überschritten wird, sprechen wir von sexuellem Missbrauch. Und jede hat ‚ne andere Grenze. Und genau das, was ich euch eben gesagt habe, wenn jemand zu uns kommt und sagt, ‚der hat mich sexuell belästigt', dann fragen wir eben nicht, wieso, was hat er denn gemacht? Es kann schon sexuelle Belästigung sein, wenn mich jemand verbal anmacht oder wenn Frauen ständig mit irgendwelchen Superbusen-Plakaten konfrontiert werden.

Arthur: Magst du für uns mal kurz und knackig zusammenfassen... Wer sind in der Regel die Betroffenen und aus welchem Umfeld kommen die Täter?

K: 2009 haben wir bei Wildwasser 666 Meldungen von sexuellem Missbrauch gehabt. Die Hälfte der Meldungen habe ich aus den Präventionsworkshops zum Thema „Chatten – aber sicher" bekommen. Da könnte man ja meinen, 50 % der Täter sind Fremde aus dem Internet. Ich glaube schon, dass durch das neue Medium die Möglichkeiten, sexualisierte Gewalt auszuüben, mehr geworden sind.

„Sexueller Missbrauch ist keine gewaltvolle Sexualität, sexueller Missbrauch ist eine sexualisierte Form von Gewalt. Es geht um Machtmissbrauch, nicht um sexuelle Befriedigung"

Außerhalb des Internets, was Viele nicht wissen, ist es tatsächlich so, dass die Täter aus dem familiären Umfeld und dem sozialen Nahraum kommen. Gefühlt würde ich sagen, sind 80% der Täter Bekannte, Verwandte, Brüder, Väter und Stiefväter. In den letzten zwei Jahren haben wir festgestellt, dass das Thema „Missbrauch durch den Bruder" im Moment häufiger anzutreffen ist. Das heißt aber nicht, dass das jetzt plötzlich zugenommen hat. Wir müssen bedenken, dass es eine große Dunkelziffer gibt.

Wir bieten ja auch psychosoziale Prozessbegleitung an. Es passiert aber nicht so häufig, dass Anzeige erstattet wird, eben weil die sexualisierte Gewalt nicht von Fremden ausgeht, sondern von Verwandten oder aus dem sozialen Umfeld. Diejenigen, die länger bei uns in persönlicher Beratung sind, sind fast alles Frauen oder Mädchen, die Missbrauch in ihrer Kindheit erlebt haben oder eben von Verwandten. Wir sagen immer: Je früher der Missbrauch begann, je länger er gedauert hat und je näher die Beziehung zum Täter oder zur Täterin war, desto schwerwiegender sind die Folgen und desto länger braucht die Verarbeitung. Jedes Mal, wenn sich eine Betroffene traut, hierher zu kommen, sage ich: ‚Super, wie kannst du dich dafür belohnen, dass du dich getraut hast, hierher zu kommen?' Das ist so eine große Überwindung und genau aus diesem Grund ist die Dunkelziffer auch so groß. Deswegen finde ich es auch schwierig, Zahlen zu nennen, aber es wird davon ausgegangen, dass jedes dritte bis fünfte Mädchen und ungefähr jeder achte bis zehnte Junge sexualisierter Gewalt erfahren hat.

Bei öffentlichen Veranstaltungen gehe ich immer davon aus, dass Täter oder zumindest potenzielle Täter im Publikum sitzen. Deswegen ist es mir persönlich auch so wichtig, bei Veranstaltungen darauf hinzuweisen, dass, egal

wie jung die Betroffene ist, sexualisierte Gewalt nie unentdeckt bleibt. Viele Täter denken ‚die war noch so klein, die hat's nicht mitbekommen'. Das stimmt aber nicht. Die Betroffenen haben bestimmte Symptome und selbst wenn die Erinnerungen vielleicht für Jahre eingefroren sind, tauen sie wieder auf. Ich erzähle das, um Tätern den Wind aus den Segeln zu nehmen, nicht dass die denken ‚die kommen da schon drüber hinweg'. Es wird irgendwann rauskommen.

Anna: Ihr schreibt auf eurer Homepage, dass ihr Partei ergreift mit den Betroffenen. Heißt das, dass ihr das Konzept Definitionsmacht anerkennt?

K: Es heißt ja, wir ergreifen Partei mit den Betroffenen, das bedeutet für uns wir arbeiten parteilich. Wenn eine Betroffene bei uns ist, sind wir an ihrer Seite. Das verstehen wir unter Parteilichkeit. Was sie will, wird gemacht und das ist auch ganz wichtig. Sie hat die Kontrolle – immer und über alles. Wir sind authentisch und transparent, wir würden nie über den Kopf von Betroffenen hinweg irgendwas entscheiden... Es geht immer darum, gemeinsam zu besprechen, was für Wege gehen wir gemeinsam, oder auch, was machst sie alleine. Sexualisierte Gewalt bedeutet einen ganz großen Kontrollverlust der Betroffenen und das sollen die hier auf gar keinen Fall erleben. So ist das auch in der Beratung, dass wir sagen, wenn irgendwas komisch ist oder war, kann sie das natürlich ansprechen. Wir sind hier auch nicht die Göttinnen, die alles wissen! Wir wollen, dass Betroffene sich sicher fühlen, wertgeschätzt werden und ich glaube, das gelingt uns auch ganz gut.

Anna: Ich glaube wir haben ja auch schon vorhin darüber geredet, da hast du schon gesagt, dass die Mädchen und Frauen selber definieren können, was ihnen passiert ist und auch, ob das sexualisierte Gewalt war.

K: Genau, dort, wo ihre eigene Grenze überschritten worden ist... mit allem wird sie hier wertgeschätzt und anerkannt. Da wird niemand sagen: ‚Hör mal, es geht anderen aber schlimmer' oder irgendwas. Um Gottes Willen! Es gibt oft welche, die sagen ‚Anderen geht's vielleicht viel schlechter, die haben viel Schlimmeres erlebt'. Das eigene Erleben, das mich beeinträchtigt und beeinflusst, rechtfertigt immer, mir Hilfe zu holen, egal was passiert ist.

Arthur: Ihr habt auf eurer Homepage geschrieben, dass ihr die Präventionsarbeit auf drei Ebenen betreibt. Einerseits die Stärkung der potenziell Betroffenen, andererseits, dass ihr die Verantwortung auf Erwachsenen übertragt und als drittes, dass ihr die gesellschaftliche Situation reflektiert. Welches Bild habt ihr von der gesellschaftlichen Realität?

K: Anfang des Jahres war ja diese Welle zu Missbrauch in Kirchen und anderen Institutionen und alles wurde medial hochgepusht. Wir denken dann eher, moment Leute, natürlich ist das schlimm, was da passiert ist, aber das ist auch etwas, was Fachberatungsstellen schon seit vielen, vielen Jahren versuchen in die Öffentlichkeit zu bringen. Es ist interessant, dass erst so eine Welle kommen muss, um so etwas zu thematisieren. Unabhängig davon ebbt es ja sowieso wieder ab, nach dem Motto: 'Jetzt ist ja alles wieder „gut", is' nix passiert...' Sagen wir mal so: Sexualisierte Gewalt hat es immer geben und wir sagen auch, es ist nicht der triebgesteuerte Fremdtäter, der nachts aus dem Busch springt, es sind Verwandte, Bekannte, Lehrer... die sexualisierte Gewalt ausüben und wir versuchen ganz konkret damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Aber selbst Stellungnahmen von uns dazu werden in den Medien oftmals nicht veröffentlicht.

Wir leben in einer Gesellschaft die sexualisierte Gewalt begünstigt. Es ist eine täterloyale Gesellschaft, Täter kriegen Therapien, im Gefängnis oder in der Psychiatrie und die Betroffenen sind oftmals in einer deutlich schwächeren Position. Sie kämpfen um Therapieplätze mit Wartezeiten mit eineinhalb bis zwei Jahren, Beratungsstellen gibt es viel zu wenig... dann diese Pressemitteilungen, bei denen man denkt ‚sexueller Missbrauch ist erst, wenn jemand seine Opfer umbringt'. Also, wie wird eigentlich in den Medien über Betroffene gesprochen, wie werden diese stigmatisiert, das ist ganz furchtbar.

Ich sage mal so, ich glaube, dass die Meisten auch nicht hingucken wollen.

Der soziale Bereich hat glaube ich sowieso nicht so einen großen politischen Stellenwert.

Arthur: Kannst du uns sagen, ob sich eure Arbeit verändert hat?

K: Ja, es hat sich schon in dem Sinne verändert, dass wir uns den Gegebenheiten der gesellschaftlichen Veränderungen angepasst haben, indem wir eben auch Online zu erreichen sind. Früher gab's „nur" die Telefonberatungszeiten.

Unser Ziel ist es, Hemmschwellen zu senken.

Wir haben das Gefühl, dass die Betroffenen oft multifaktorell belastet sind. Viele haben einen langen Leidensweg hinter sich und daraus resultierende Schwierigkeiten in so vielen Lebensbereichen.

Da müssen wir schon gucken, was die Betroffenen brauchen, geht's um Hilfe bei der Therapie, Klinik, oder brauchen sie eine Soziotherapie vom Atlantis, das ist eine Einrichtung, die nach Hause kommt, oder Prozessbegleitung? Geht es vielleicht darum zu klären, was ist eigentlich beruflich mit mir, muss ich vielleicht einen Rehaantrag stellen. Brauch ich ne neue Wohnung, weil ich sie mir nicht leisten kann? Armut als Resultat daraus, dass Betroffene aufgrund ihres Traumas z.B. nicht mehr arbeiten können, spielt ja auch ‚ne Rolle. Da merken wir schon, dass die Klientinnen die bei uns sind, viel Unterstützung in so vielen Bereichen suchen und wir wirklich viel drumherum machen müssen.

Was sich ganz konkret geändert hat, ist die Öffnung für männliche Bezugspersonen, das war früher nicht so. Natürlich achten wir darauf, dass keine betroffene Frau mit einem Mann bei uns in Kontakt kommt. Das war früher noch sehr eng gesteckt in Frauenhand und da haben wir uns verändert.

Anna: Vielleicht erstmal unsere letzte Frage: Was für eine Tragweite hat sexualisierte Gewalt?

K: Ich glaube, ich könnte diesen Job nicht machen, wenn ich das Gefühl hätte, das bringt alles nichts. Natürlich können wir die erlebte sexualisierte Gewalt oder dieses Trauma nicht wegzaubern. Aber, es gibt gute Möglichkeiten, damit umzugehen. Es gibt da so eine Redewendung: ‚Ein Trauma ist dann überwunden, wenn ich besser damit umgehen kann'. Wenn ich mich z.B. nicht schneiden muss, weil der Druck zu groß wird. Es geht darum, andere Strategien zu finden. Natürlich wird es immer Momente geben, die krisenhaft sind. Es kann ein Jahrestag sein, es kann eine Person sein, die mich an den Täter erinnert. Wenn Betroffene merken ‚Jetzt läuft mein Film wieder ab', haben sie im besten Fall gelernt, damit umzugehen. Sie wissen, sie haben die Kontrolle darüber. Ich werde nicht mehr überflutet von Gefühlen, von Bildern, von Geräuschen, von Gerüchen – ich hab es unter Kontrolle und das ist für Viele eine Erleichterung. Dass sie wissen, das Trauma oder das was ich erlebt habe bestimmt nicht mehr mein ganzes Leben. Natürlich gibt es Rückfälle, aber ich kann damit umgehen. Ich kann auch irgendwann darüber reden, wenn ich das möchte, ohne getriggert zu werden und ohne dass alles wieder von vorne losgeht.

Anna: Ja, cool, vielen dank für das Interview!

KONTAKT und INFOS:

online: **www.wildwasser-oldenburg.de**

mail: **info@wildwasser-oldenburg.de**

telefon: **0441 - 16 65 6**

telefax: 0441 - 24 89 55 3

telefonischen Sprechzeiten:

Mo 9.00 - 11.00 Uhr

Mi 14.00 - 16.00 Uhr

Do 14.00 - 16.00 Uhr

In den übrigen Zeiten nimmt ein Anrufbeantworter ihre Anrufe entgegen.

Beratung ohne Anmeldung:

Mittwochs 16.30 - 17.30 Uhr

Tarifeinheit im Betrieb?!

Das Bundesarbeitsgericht hat seine jahrzehntelange, 1957 freihändig, d.h. ohne rechtliche und gesetzliche Grundlage, geschöpfte Rechtsprechung zur Tarifeinheit in Betrieben und Unternehmen aufgegeben. Ab sofort können demnach mehrere Tarifverträge in einem Betrieb gelten. Geklagt hatte ein Arzt. Er begehrte 2005 als Mitglied des Marburger Bundes Leistungen aus einem mit diesem abgeschlossenen Tarifvertrag. Der Arbeitgeber wendete jedoch einen für den Arzt ungünstigeren und den Arbeitgeber günstigeren ver. di-Tarifvertrag an. Nach fünf Jahren bekam der Kläger nun Recht. Die Begründung ist einfach und gerade dadurch erstaunlich: Nach 50 Jahren anderslautender Rechtsprechung erklärte das BAG, es gebe im Tarifvertragsgesetz keine Hinweise oder gar Regelungen, dass eine Tarifeinheit im Betrieb geboten sei. Auch Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes – aus dem Jahre 1949 – stehe der bisherigen Rechtsprechung entgegen. Das Grundgesetz garantiert ausdrücklich auch für alle Berufe die Koalitionsfreiheit, d.h. die Möglichkeit, sich nach Berufsgruppen gewerkschaftlich zu organisieren und zu engagieren.

Krokodilstränen und Beschwörungen

Die Reaktionen bei Arbeitgebern und Gewerkschaften, in den Parteien und der Presse überschlugen sich. Die eigentlich größtunmögliche Koalition nahm Fahrt auf. Die Lager waren gut vorbereitet, auch durch das BAG selbst: Seit Monaten hatte es eine Revision der bisherigen (Un-)Rechtsprechung angekündigt. Hinter den Kulissen wurde seit über einem Jahr eine jetzt veröffentlichte gemeinsame Erklärung von DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vorbereitet – gewerkschaftlicherseits voll an den Mitgliedern und auch an den Delegierten des diesjährigen DGB-Bundeskongresses vorbei. Ein bemerkenswertes Stück in Sachen innergewerkschaftlicher Demokratie!

Gemeinsam fordern DGB und BDA in diesem Papier nunmehr eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit im Betrieb. Es gehe darum, »die Regelungslücke im Tarifvertragsgesetz schnellstmöglich zu schließen und die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln.« Dahinter steht bei den Arbeitgebern die Sorge um den »Betriebsfrieden«, bei den Gewerkschaftsspitzen sind es eindeutig organisationspolitische Interessen und Vorteile. Offensichtlich unbeeindruckt vom Grundgesetz und den Grundrechten arbeitender Menschen unterstreichen der DGB und seine Gewerkschaften ihre Rolle als Ordnungsfaktor statt Gegenmacht!

Diese Koalition der »Tarifpartner« erfuhr breitestmögliche Unterstützung im Lager der Parteien und Politiker: Arbeitsministerin von der Leyen zeigte sich aufgeschlossen, die Partei »Die Linke« wurde ergänzt von SPD, CDU und FDP. Die SPD-Regierung von Rheinland-Pfalz will über den Bundesrat ran. Tarifchaos, unkontrollierbare und ausufernde Streiks von egoistischen Berufs- und Spartengewerkschaften, der Verlust der Sozialpartnerschaft als Standortvorteil in der internationalen Konkurrenz, Gefährdung der Arbeitsplätze – außer Klimakatastrophe und Aids gab es kaum ein »Übel«, das nicht beschworen wurde. Eine gesetzliche Neuregelung zur Verhinderung einer grundgesetzlich basierten Rechtsprechung! Der nationale Notstand muss groß sein.

Die betriebliche Realität und andere Fragen

Beschworen wird eine Tarifeinheit im Betrieb, die es seit Jahren so nicht mehr gibt. Die Arbeitgeber und ihre Verbände hatten diese zum eigenen Vorteil aufgekündigt. Die Gewerkschaften reagierten teils hilflos, teils mit Gewerkschaftskannibalismus, d.h. Konkurrenz gegeneinander. Es waren die Unternehmen, die out- und ingesourct haben. Dadurch konnten sie in für sie günstigere Tarifverträge einer bis dahin meist betriebsfremden Gewerkschaft flüchten. Auch die Schaffung tarifloser Zonen gelang so. Es waren die Arbeitgeberverbände, die ihren Mitgliedsfirmen eine »Mitgliedschaft ohne Tarifbindung« (OT) anboten. Waren es nicht auch bedeutende Unternehmen, die quasi eigene, gelbe Schein-Gewerkschaften sponserten und »ihren« Betriebsräten zur Unterstützung anboten?

Sind es nicht Unternehmen, die mit für sie preisgünstigen Tarifabschlüssen DGB-Gewerkschaften, z.T. erfolgreich, unter Druck setzen? Letzteres vor allem, wenn es der zuständigen Gewerkschaft an Tarifmacht im Betrieb bzw. der Branche fehlt. Alles vergessen?

Zur Erinnerung nur wenige Beispiele: In den Kauf- und Warenhäusern wurden seit den 1980er-Jahren die bis dahin allgemein gültigen Tarifverträge des Einzelhandels außer Kraft gesetzt, indem z.B. die Restaurants ausgegliedert und in die Gaststättentarifverträge eingegliedert wurden. In den Blumenabteilungen gelten seitdem, sofern vorhanden, die Gartenbautarifverträge, in den Parfümerieabteilungen die Tarifverträge der Parfümhersteller mit der IG Chemie (heute BCE), in verschiedenen Servicebereichen wären, gewerkschaftliche Präsenz vorausgesetzt, die IGM (etwa für Mister Minit) oder die NGG (für die Backshops) zuständig, im Reinigungsdienst die IG BAU, bei Sicherheitsdiensten war die ÖTV im Gespräch. In den kleinen Bereichen entstanden durch diese Arbeitgebermaßnahmen häufig tariflose Arbeitverhältnisse. Mitte der 1990er – vor den Gewerkschaftsfusionen – waren in den Kaufhäusern aufgrund der DGB-Satzung zehn DGB-Gewerkschaften zuständig, hinzu kamen DAG, DHV und CGB. Diese bewusste Vorgehensweise der Arbeitgeber schwächte die Tarifmacht der Gewerkschaft HBV beträchtlich, auch weil die betroffenen DGB-Gewerkschaften unfähig waren, diese durch Out- und Insourcing entstandenen neuen Zuständigkeiten an die »Herkunftsgewerkschaft« zurückzugeben.

Schon vergessen auch das Folgende? In ziemlich jedem Betrieb gibt es LeiharbeitnehmerInnen, die in der Regel gerade nicht unter die Tarifverträge der Kernbelegschaften fallen. Bei der Regelung der Leiharbeit unter Rot-Grün war von Tarifeinheit im Betrieb und gemeinsamer Erklärung nichts zu sehen. Das Prinzip »gleicher Lohn bei gleicher Arbeit« wurde bewusst fallen gelassen zugunsten der Möglichkeit, Tarifverträge zur Leiharbeit abzuschließen. Der neuere Skandal um die Drogeriekette Schlecker und die von ihr gegründete Verleihfirma Meniar (s. express 1/2010) verdeutlichte nochmals die Situation. Schlecker war nur das Beispiel am Pranger für unternehmenseigene Verleihfirmen.

Und in wie vielen Großbetrieben gibt es eine ähnliche Lage wie bei VW, nämlich unterschiedliche Tarifverträge für Kern- und Randbelegschaften? Die »Post expandiert mit Billigtochter« in Deutschland, titelte die Financial Times Deutschland am 25. Juni 2010.

Was also ist der Betrieb, für den jetzt eine Tarifeinheit beschworen wird? Der Betrieb, durchlöchert mit Fremdfirmen in der Kantine, EDV usw., also das gesamte betriebliche Netzwerk? Oder das Netzwerk des Unternehmens, des Konzerns, der Unternehmensgruppe, gar in der gesamten Wertschöpfungskette? Oder doch nur das, was die Kapitalstrategen »ihren« Betriebsräten und deren Gewerkschaften bereit stellen? Die Antworten, die der DGB und seine Gewerkschaften auf die mit diesen Fragen aufgeworfenen Probleme gefunden haben, sind unbefriedigend – und die gemeinsame Erklärung mit den Arbeitgebern ist grundsätzlich falsch!

Was tun!

Statt der versuchten gesetzlichen Neuregelung wäre es für die DGB-Gewerkschaften sicherlich aufwändiger, aber auch gewerkschafts- und organisationspolitisch produktiver, die neue rechtliche Situation und die reale Realität in den Betrieben und der Gesellschaft aufzuarbeiten und dafür Handlungskonzepte zu erarbeiten. Ein Betrieb – ein Tarifvertrag? Oh, ja! Für den realen Betrieb, das reale Unternehmen (s.o). Warum nicht Aktivitäten für den Grundsatz »ein Betrieb – ein Tarifvertrag – eine Belegschaft – ein Betriebsrat« entwickeln, um gegen Spaltung, Untergliederung und Deregulierung der Belegschaften vorzugehen?

Warum nicht offensiv und handlungsorientiert über die Entstehungsgründe

der allseits so bedrohlich erscheinenden Spartengewerkschaften diskutieren! Reicht die beschämende Diskussion im Zusammenhang mit dem letztjährigen Lokführerstreik noch nicht für neue Ideen? Der Umgang mit Konkurrenz ist eigentlich ein urgewerkschaftliches Thema. »Konkurrenz belebt das Geschäft« – auch das existiert in den Köpfen vieler Menschen, nicht zuletzt von Gewerkschaftsvorständen. Wer die Einheit will, muss sich auf die Vielfalt und damit auch auf die Konkurrenz beziehen. Wann und wie wollen die DGB-Gewerkschaften ihre, z.T. durch die wirtschaftliche Entwicklung überholten, Zuständigkeiten klären? In diesem Jahr sind bei der SAP-Betriebsratswahl erstmals IGM und ver. di mit eigenen Listen gegeneinander angetreten. Wird es jetzt Ausschlussverfahren aus dem DGB geben analog zu denen in Metallbetrieben gegen eigensinnige IGM-Mit-glieder?

Wann werden die Geltungsbereiche in »großen« Tarifverträgen als Forderungs- und Konfliktpotential – weil gegen die Out- und Insourcingprozesse gerichtet – in Angriff genommen? Das könnte ein produktiver Beitrag zur Tarifeinheit in den Betrieben und Unternehmen sein.

Ein neues Gesetz?

Das angestrebte Gesetz zur betrieblichen Tarifeinheit und vor allem der vielseitige Beifall und die Unterstützung sollten allein deshalb neben dem Verstoß gegen Grundrechte nochmals zum Nachdenken anregen. Ist denn vergessen, dass die FDP seit über 30 Jahren nach einem Verbändegesetz giert, nach einem Gesetz, das die Gewerkschaften regelt und reguliert? Die FDP ist auch hier nur pars pro toto, sie steht für viele in der CDU/CSU, unter den Arbeitgebern und ihren Verbänden. Wollen nicht konservative, gewerkschaftsunfreundliche Kräfte seit Jahren ein deutsches Arbeitskampfrecht – ein ganz anderes als die Gewerkschaften und die Linken?

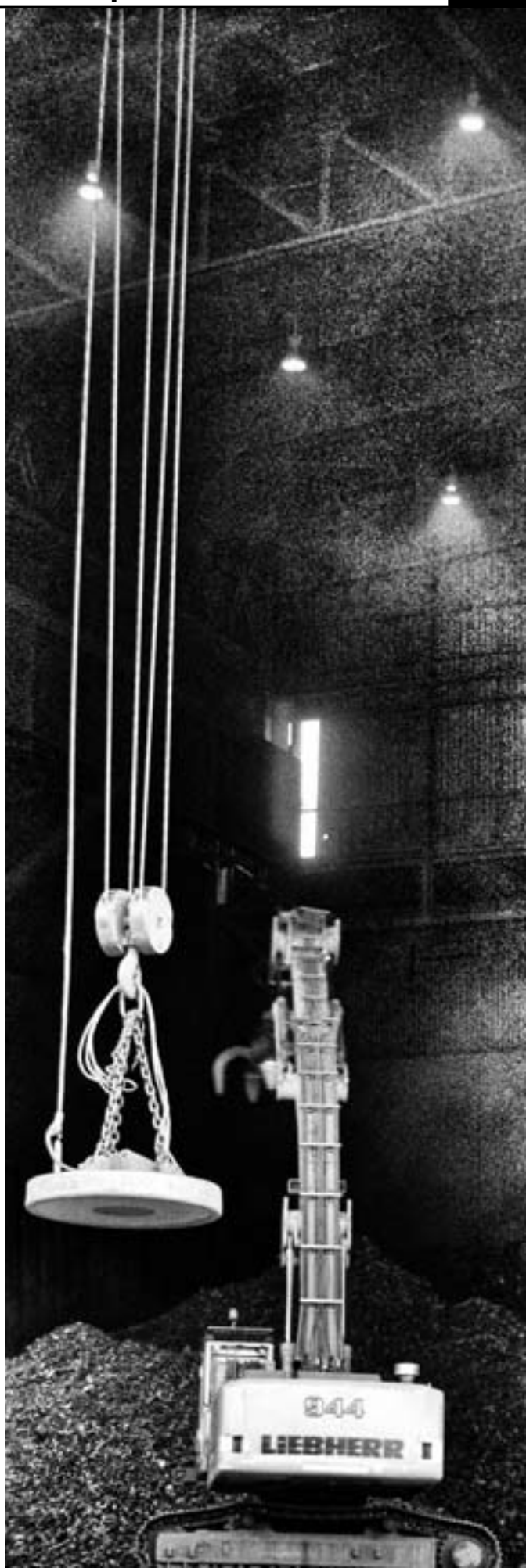
Vorschläge zu diesem neuen Gesetz sprießen aus vielen Federn. So ist in dem DGB/BDA-Papier die Rede von Mindestgrößen für tariffähige Gewerkschaften. Frage: Worauf wird diese Größe bezogen: auf den Betrieb, das Unternehmen, die Branche? Thomas Griebe fordert in der Financial Times Deutschland vom 25. Juni eine Mindestanzahl von Berufsgruppen, die in einer Gewerkschaft vertreten sein müssen. Also nicht nur Lokführer, Fluglotsen, Ärzte? Das würde bedeuten, dass diese Gewerkschaften in der bisherigen Form aufgelöst werden müssten.

Ernst zu nehmen sind zudem Vorschläge, mit diesem Gesetz auch Arbeitskämpfe und vor allem Streiks und Aussperrung neu zu regeln. Konkret: »Daher sollten die Arbeitgeber im Tarifkonflikt die Wahl haben können, einen bestreikten Betrieb im Extremfall gänzlich stillzulegen oder eine Prämie für Streikbrecher auszuloben.« (Thomas Griebe, FTD vom 25. Juni 2010) Demzufolge sollten nicht nur die streikenden und nicht-organisierten, sondern auch die nicht-streikenden, weil durch gültige Tarifverträge friedenspflichtigen ArbeitnehmerInnen ausgesperrt werden können.

Soviel zur Einheit im Tarifkonflikt: Einheit in der Aussperrung. Vielfältige Ein- und Aussichten sind zu erwarten. Manche Aussichten können auch zu unerwarteten Ergebnissen führen. So manche »große« Gewerkschaft beabsichtigt jetzt, kleine, unliebsame Konkurrenten per Gesetz ausschalten zu können. Bei genauerem Nachdenken werden diese »Großen« leicht feststellen, dass auch sie in zahlreichen Tarifbereichen, d.h. in bestimmten Branchen, Unternehmen oder Betrieben, »klein« sind, also ohne Tarifmacht, ohne Chance, eventuelle gesetzliche Voraussetzungen an Mindestgröße bzw. Mindestmitgliederzahl erfüllen zu können. Wie sonst wären die ständig wachsenden tarifvertragsfreien Zonen zu erklären? Es ist schon so mancher Schnellschuss nach hinten losgegangen.

anton kobel

aus: express 7/2010



Streikwelle in China

Mitte Mai ist in China die erste offensive Streikwelle in dieser Weltwirtschaftskrise losgegangen. Sie zeigt, dass die Antworten des Kapitals auf die Kämpfe der Arbeiterklasse notdürftige Krücken sind, die nicht weit tragen. Die Verlagerung der Produktion, der Einsatz von Technologie, die Spekulation auf den Finanzmärkte – diese drei typischen Fluchtversuche kommen an ihre Grenzen. Beverly Silver hat sie als fixes bezeichnet, als schnelle Hilfsmittel, die keine langfristige Lösung sind.

Der räumliche Fix

Das Kapital ist in den letzten vier Jahrzehnten einmal um die ganze Welt gezogen, beim Versuch Kämpfen von ArbeiterInnen auszuweichen und billigere Produktionsbedingungen zu finden – die Zeit, in der an einem Standort profitabel produziert werden kann, wurde mit jeder Verlagerung kürzer. Die Leute organisieren sich und kämpfen mit zunehmender Geschwindigkeit um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Stadt bzw. Industriezentren und »Land« lassen sich nicht mehr trennen, ArbeitsmigrantInnen entwickeln Ansprüche und lassen sich nicht mehr aufs Dorf zurückschicken. Das Kapital ist nicht mehr in der Lage, dort wo Industrie aufgebaut wird, vielen Leuten eine weitreichende Verbesserung ihres Lebenstandards zu ermöglichen und einen stabilen »Klassenkompromiss« aufzubauen.

In China entsteht in diesem Prozess gerade eine rasante Dynamik – kaum sind Industriezentren aufgebaut, schon suchen die ersten Unternehmen billigere Arbeitskräfte in anderen Regionen und Ländern. Allein die Aussicht, dass die WanderarbeiterInnen sich nicht mehr mit einem dürftigen Leben in Wohnheimen zufrieden geben, stellt das chinesische Geschäftsmodell der letzten zwei Jahrzehnte in Frage. In höherwertigen Branchen sind Lohnerhöhungen erstmal weniger ein Problem, in der Spielzeug- und Textilindustrie dürften sie kaum noch zu verkraften sein. Das lässt sich schon am beständigen »Arbeitskräftemangel« erkennen – eine Umschreibung dafür, dass die Unternehmer zu ihren Bedingungen keine Leute finden.

Erneute Verlagerungen wurden bereits angekündigt: Foxconn und andere Unternehmen werden Werke in den nördlichen und zentralen Provinzen Chinas (aus-)bauen, wo die Löhne noch für eine Weile niedriger sind. Aber wo das Kapital hingeht, bringt es Leute zusammen und verbindet sie mit allen, die entlang der Zulieferkette arbeiten – und verallgemeinert damit die Kampfbedingungen. Lange wird dieser Behelf also nicht währen. Die Verlagerung in Länder wie Vietnam und Laos, die viel weniger Arbeitskräfte, Infrastruktur und politische Kontrolle zu bieten haben als China, ist keine längerfristige Perspektive. Eine Rückverlagerung in die alten Industrieländer passiert zwar durchaus schon, ist aber allein über Verschlechterungen für die ArbeiterInnen möglich. Auch hier hat das Kapital nichts mehr zu bieten! Ohne die Möglichkeit ArbeiterInnen weltweit gegeneinander auszuspielen, und ohne die Möglichkeit ihnen ein besseres Leben zu versprechen, müsste sich der Kapitalismus in der Krise schon neu erfinden, um wieder auf die Beine zu kommen. Ob das gelingt, hängt davon ab, ob die Weltarbeiterklasse ihre Möglichkeiten erkennt – die Kampfwelle in China macht einen Weg in diese Richtung frei.

Der technologische Fix

Auch wenn die Löhne etwa in der Elektronik- oder Autoindustrie nur einen geringen Teil der Kosten des Endprodukts ausmachen, ist die Produktion bei den Zulieferern und deren Zulieferern sehr arbeitsintensiv. Bei Foxconn belaufen sich die Löhne nur auf 3,3 Prozent aller Kosten, es werden aber viele vorgefertigte Komponenten verbaut – und die Gewinnmargen sind zum Teil hauchdünn. Ökonomen der Deutschen Bank schätzen, dass ein fünfprozentiger Anstieg der Arbeitskosten in China die Preise für die Fertigwaren um 1,3 Prozent hochtreibt. Über die gesamte Handelskette hinweg könnte der Aufschlag jedoch deutlich höher ausfallen. Und das in einer Zeit, in der die weltweite Nachfrage schrumpft und heftig umkämpft ist! Foxconn, wo die Löhne ge-

rade stark erhöht werden mussten, und andere Unternehmen setzen daher auf einen stärkeren Einsatz von Maschinen. Nissan etwa baut gerade ein Werk für 732 Millionen Dollar in Guangzhou, das stärker automatisiert sein wird.

Die Auslagerung nach China hatte für viele Unternehmen damit begonnen, die Kapitalintensität zu reduzieren und Maschinen durch menschliche Arbeit zu ersetzen, weil die so billig war. Diese Bewegung kehrt sich nun um, der gleiche technologische Fix wie überall sonst. Arbeitsintensive und billige Produktion ist aber notwendig innerhalb der gobalen Arbeitsteilung, weil sonst die Profitrate ins Bodenlose sinken würde. Sie dient außerdem dazu, ArbeiterInnen anderswo zu erpressen, damit sie angesichts der Konkurrenz für weniger Geld arbeiten – und sie trotzdem noch mit bezahlbaren Konsumgütern zu versorgen. Wenn »China« dafür nicht mehr taugt, welche Orte bleiben dann noch?

Der finanzielle Fix

Wer in China produziert, muss aber nicht nur höhere Löhne in Kauf nehmen: am 20.6. hat die Zentralbank angekündigt, die Kopplung der chinesischen Währung an den Dollar, mit der sie exportgerecht niedrig gehalten wurde, schrittweise aufzuheben. Die Regierung tut alles, um diese Aufwertung nur langsam und schrittweise zuzulassen und das auch deutlich zu signalisieren. Anlass für die Entkopplung ist unter anderem die Eindämmung der Inflation – denn beim Versuch mit »sozialen Spannungen« a.k.a. rebellische ArbeiterInnen klarzukommen, ist das Kapital nicht nur zur Flucht an andere Orte und in die technologische Aufrüstung gezwungen, sondern auch ins Geld. Spekulation statt Ausbeutung, dieser finanzielle Fix fliegt ihnen weltweit gerade gewaltig um die Ohren – aber noch in der Krisenpolitik kommen sie nicht davon los. Die chinesische Regierung hat riesige Summen locker gemacht, um zu verhindern, dass mit der Krise mehr Leute arbeitslos werden und verarmen. Dementsprechend hat sie nun mit Spekulationsblasen, maroden Banken, Verschuldung und steigenden Preisen zu kämpfen. Lest dazu den Artikel in Wildcat 87 [...]

Neue Qualität der Kämpfe

Bisher hatte sich seit Krisenbeginn der alte und kampferprobte Teil der chinesischen Arbeiterklasse in den Staatsbetrieben nochmal Gehör verschafft und sich gegen Privatisierungen gewehrt (vgl. den Artikel in Wildcat 85). Seit den 90er Jahren hat sie immer wieder kraftvoll und militant gegen ihre »Demontage« gekämpft. Mit solchen Kämpfen werden Errungenschaften bewahrt, der Zerfall des einmal entstandenen Kollektivs verzögert. Sie haben eine defensive Funktion und erreichen immer wieder einen stärkere Schutz der Ware Arbeitskraft. Aller historischen Erfahrung nach war in China auch das Entstehen einer neuen, kampfstarken Arbeiterklasse zu erwarten, die die Klassenbeziehungen auf eine neue Ebene hebt. Das passierte bisher überall, wo industrialisiert wurde und es eine schnelle Proletarisierung gab. Dass eine solche Bewegung in China schon aufgrund seiner Größe den Lauf der Welt maßgeblich beeinflussen und die internationalen Klassenbeziehungen umkrempeln würde, war klar. Nun wird klar, dass sie trotz und mitten in der Krise entsteht. In einer Krise, in der Wachstum in China die einzige Hoffnung der Herrschenden ist, und in der jedes Zeichen, dass es doch nicht so gut läuft, sofort die Börsenkurse purzeln lässt! In den mit Konjunkturgeldern, Geldvermehrung und hohen Risiken erkauften »Aufschwung« rasselt ab Mitte Mai eine Reihe von Kämpfen, die eine neue Qualität aufweisen.

Die WanderarbeiterInnen hatten bis zur Krise in mehreren Kampfwellen und indem sie höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen hinterherzogen, dafür gesorgt, dass die Produktion zu extrem niedrigen Löhnen, auf denen große Teile der Exportindustrie beruhen, an ihre Grenze gekommen ist. Mit der Krise, die die Exportindustrie massiv getroffen hat, gab es zunächst Entlassungen und Lohnsenkungen. Die Leute wehrten sich zwar dagegen, gefeuert zu werden ohne ihre Löhne zu bekommen, aber eine neue Dynamik entwickelte sich erstmal nicht. Mittlerweile steigen die Löhne wieder, erreichen das Niveau von vor der Krise, und es wird erneut über fehlende Arbeitskräfte geklagt.

Die Lohnentwicklung machte es in der »Billigproduktion« wie der Spielzeugindustrie zwar zunehmend schwerer, noch Gewinne zu produzieren, und Streiks konnten natürlich den einzelnen Unternehmer ruinieren. Sie hatten aber wenig Einfluss auf den Rest der Produktion – außer an Weihnachten wartet niemand furchtbar dringend auf mehr Plastikspielzeug. Der erste Streik beim Autozulieferer Honda Auto Parts in Foshan, Guangdong in Südchina legte ziemlich schnell alle vier chinesischen Honda-Werke lahm. Es war das erste Mal, dass ein großer multinationaler Konzern in China auf diese Weise blockiert wurde. Der Streik hatte einen weitreichenden Effekt auf die Produktion, und damit auch eine größere Aus-

strahlungskraft: innerhalb weniger Tage gab es in weiteren Fabriken Kämpfe, die deutlich davon inspiriert waren – er löste er eine Streikwelle aus. Am 7. Juni streikten die ArbeiterInnen bei einem weiteren Zulieferbetrieb in Foshan und brachten erneut zwei der Hondawerke zum Stehen. Zwei Tage später begann ein ereignisreicher Streik bei Honda Lock in Zhongshan, ebenfalls Provinz Guangdong. Honda musste aufgrund eines Streiks beim Zulieferer NHK Springs am 23.6. erneut zwei Fabriken in Südchina anhalten, und auch Nissan musste den Beginn der Spätschicht verschieben. Bereits Mitte Juni hatte es unterdessen einen kurzen Streik bei einem Toyota-Zulieferer, der Tianjin Star Light Rubber and Plastic Co., in der nordchinesischen Provinz Tianjin gegeben. Der am 17. Juni folgende Streik bei der Toyoda Gosei Co. führte zum Stillstand des Toyota-Montagewerks in Tianjin. Das Toyota-Werk in Südchina wiederum musste ab dem 22.6. anhalten, weil aufgrund eines Streiks beim Zulieferbetrieb Denso Teile fehlten. Seit Ende Mai gab es noch weitere Streiks in der Autoindustrie, unter anderem bei Hyundai in Peking, sowie in anderen Branchen.

Produktionsmacht

Die Streiks in der Autoindustrie können deshalb soviel Kraft entwickeln, weil die Betriebe Teil einer sehr kurz getakteten Just-in-time-Produktionskette sind. Ein kurzer Streik beim Zulieferer reicht aus, um große Montagewerke anzuhalten. Es wird fast ohne Puffer produziert, die Anfälligkeit für Störungen ist sehr hoch. Als das Toyota-Werk in Südchina die Produktion einstellen musste, stoppte Toyota gleich die Bestellung bei anderen Zulieferern in der Region, so dass diese einen Feiertag ausrufen mussten. Weil viele Zulieferer für mehrere Autokonzerne produzieren, hat zeitweise nicht viel gefehlt, dass die Automontage mehrerer Konzerne (Toyota, Honda, Hyundai) gleichzeitig lahmgelegt wurde. Die ArbeiterInnen wissen das sehr genau: »Wenn sich das länger hinzieht, wird der Effekt auf Autoproduzenten sogar in Nordchina ausstrahlen, etwa Toyota in Tianjin und Hyundai in Peking, denn wir sind die direkten und wichtigsten Zulieferer. Wenn wir aufhören zu arbeiten, können andere Fabriken nicht weiter produzieren, weil ihnen unsere Teile fehlen«, sagte ein 20-jähriger Arbeiter bei Denso. Die Anführer des Streiks bei Honda Auto Parts informierten die nationale Presse, weil sie schon damit rechneten, dass ihr Streik Wellen schlagen würde.

Die ArbeiterInnen erreichen schnell Lohnerhöhungen von 20 bis 35 Prozent. Auch wenn man die Inflation einrechnet und die Tatsache, dass die Löhne in den letzten zwei Jahren nicht erhöht sondern eher gesenkt wurden, ist das relativ viel. Aber es liegt deutlich unter den Erwartungen der ArbeiterInnen, die oft eine Verdopplung wollen. Zudem fordern sie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, klagen über Hitze und Dämpfe, verpflichtende Sonntagsarbeit, fehlende Klimaanlagen und die Tatsache, dass die Gewerkschaft sich nicht für sie einsetzt. Die Arbeitgeber versuchen, die Verhandlungen auf Lohnerhöhungen zu konzentrieren, andere Zugeständnisse gibt es meist nicht.

Die ArbeiterInnen organisieren ihre Kämpfe selbst

Die ArbeiterInnen organisieren ihre Kämpfe selbst, halten Versammlungen ab und wählen eigene Delegierte. Die Forderung nach »unabhängigen Gewerkschaften« drückt den Wunsch nach besseren Kampfmethoden und eine Kritik an den bestehenden Institutionen aus – und ist ein Trauma für das Regime, das nichts so fürchtet wie »Polen 1980«, eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die eine »sozialistische Regierung« wegfegt – wobei in China sogar

die katholische Kirche fehlen würde, die Solidarnosc damals auf kapitalistischem Kurs hielt.

Die Zeit der quasi mit dem Regime identischen Gewerkschaften geht zuende, besser funktionierende Vermittlungsinstanzen werden gebraucht. Die staatliche Gewerkschaft ACFTU versucht, selbst diese Instanz zu bleiben und ruft entsprechend dazu auf, in allen auch ausländischen Betrieben Gewerkschaftszweige aufzubauen und sich für die ArbeitsmigrantInnen einzusetzen. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Bei früheren Kämpfen wurde oft kollektiv verhandelt, weil Einzelne rausgeschmissen oder verfolgt worden wären. Heute werden die Leute ermutigt, Delegierte zu wählen. Solche RepräsentantInnen, die dann für die ArbeiterInnen verhandeln, sind auch im Interesse der Betriebe. Sie können so zum Teil darauf hinwirken, dass die Arbeit wieder aufgenommen wird, bevor es eine Einigung gibt, was die Position der ArbeiterInnen schwächt (auch wenn sie nicht zögern mit neuen Kämpfen zu drohen).

Bei Honda Auto Parts wurde angekündigt, dass die Gewerkschaftsvertreter nun demokratisch gewählt werden sollen. Eine überregionale, allgemeine Erneuerung der Gewerkschaften soll rausgezögert und die Reform der Gewerkschaft auf die Orte beschränkt werden, an denen gekämpft wird. Daneben verstärkt das Regime die Präsenz hochgerüsteter Polizei, die anders als bei Honda Auto Parts, bei anderen Streiks bereits eingesetzt wurde – und es ist zu vermuten, dass das bei Betrieben außerhalb der Öffentlichkeit noch viel öfter passiert ist. Trotzdem weiß das Regime, dass es auf diese Entwicklung anders reagieren muss als nur mit Gewalt und Repression. Damit der Staat die Kontrolle nicht verliert, braucht er schnell ein System institutionalisierter Interessenvertretung, das die ArbeiterInnen integriert, indem es in einem langgezogenen Prozess Verbesserungen für sie aushandelt. Der Staat will zwar langfristig höhere Löhne und damit einen stärkeren Konsum, aber diese Umorientierung von der Exportwirtschaft ist prekär und muss sehr langsam vonstatten gehen. Je stärker sich eigenständige Kämpfe entwickeln, umso schwieriger wird das, die schnelle Ausbreitung der bisherigen Streiks zeigt, welche Geschwindkeit sich dabei entwickeln kann.

Die Öffentlichkeit kann durch Zensur nicht gestoppt werden

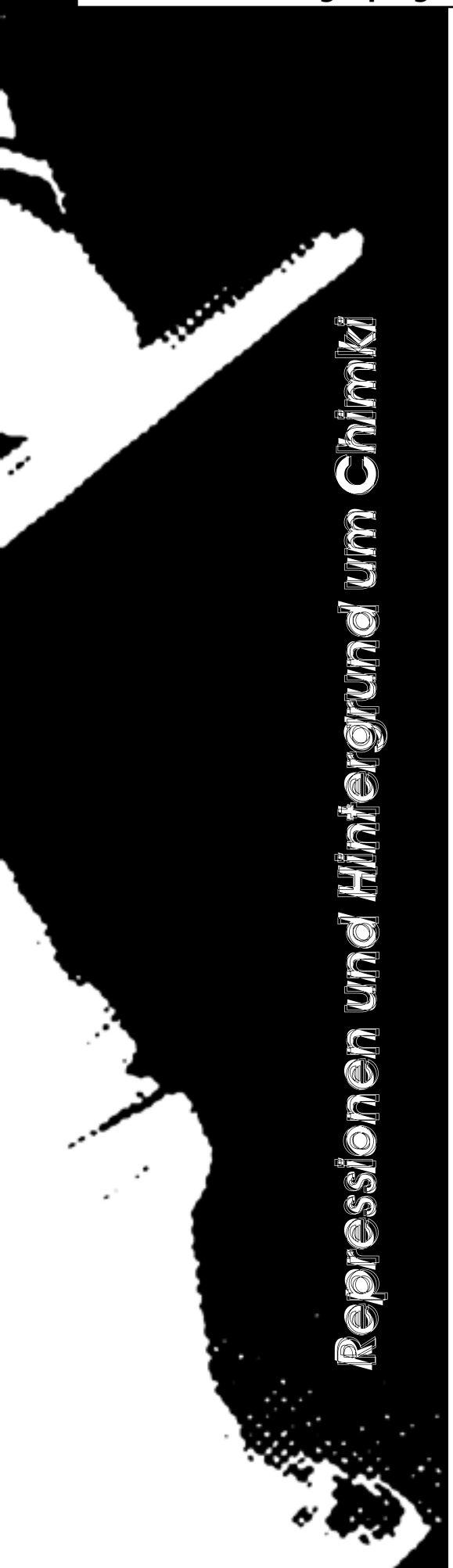
Die ausländische Presse hat erstaunlich viel über die Streiks berichtet, Kamerateams standen vor den Toren, Journalisten interviewten ArbeiterInnen – auch wenn die Betriebe das zu unterbinden versuchten. Es ist schwierig vor der ausländischen Öffentlichkeit geheimzuhalten, wenn ein Unternehmen wie Honda stillsteht. Weil die Firmen leicht zu identifizieren und bekannt sind, gibt es eine andere Art von (internationaler) Öffentlichkeit als bei einem no name-Klamottenproduzenten, bei dem niemand weiß, für wen da eigentlich produziert wird.

Ende Mai wurde in China die Berichterstattung verboten, ließ sich aber auf lokaler Ebene nicht völlig unterbinden. Berichte über die anschließenden Streiks gab es viel weniger, auch die Kritik an der Gewerkschaft wird aus der Öffentlichkeit gehalten. Stattdessen wird rhetorisch draufgelegt, indem etwa der Premierminister Loblieder auf die Leistungen der Wanderarbeiter singt.

Es gibt eine Öffentlichkeit über Internet und Telefon, die durch die Zensur nicht gestoppt werden kann. Schon lange wurden Bilder und Videos aus den Fabriken geschmuggelt, und seit einer Weile wurden Handies und Instant Messaging Dienste wie QQ zur Koordination von Kämpfen genutzt – das weitet sich nun aus. Und jetzt werden auch Medien genutzt, die Unbeteiligten zugänglich sind: es wird in Foren und auf Webseiten diskutiert, Leute laden Streikvideos ins Netz, bei Honda Lock posteten die Leute Stunden nach Streikbeginn Einzelheiten über dessen Verlauf. ArbeiterInnen aus anderen Betrieben sagen, sie haben die Organisierung des Honda-Streiks in Foshan übers Netz verfolgt und angefangen, sich Gedanken über eigene Aktionen zu machen. Gleichzeitig müssen die Leute vorsichtig sein: Internetdienste und Methoden werden gewechselt, Codes oder Handies genutzt, wenn das Mitlesen der Bosse und Sicherheitsbeamten gefährlich wird.

Ob es eine direkte Öffentlichkeit gibt, etwa dass Leute aus der Umgebung zu den Betrieben kommen, ist nicht bekannt. Mindestens in einem Fall, bei Honda Lock, hat die Polizei versucht zu verhindern, dass die ArbeiterInnen den Betrieb verlassen um zu demonstrieren. Es gab dennoch mehrere Versammlung vor dem Betrieb.

Wildcat (wildcat-www.de), Juli 2010



Repressionen und Hintergrund um Chimki

Im Sommer dieses Jahres ist der brennende Konflikt wegen der Abholzung des Waldes in der Nähe der Moskauer Nachbarstadt Chimki eskaliert. Seit Jahren kämpfen die Bewohner_innen der Stadt und Aktivist_innen aus Chimki und aus Moskau gegen die Abholzung des Waldes. Die Baufirma setzt Neonazi-Schläger gegen Öko-Aktivist_innen ein. Um die Kritiker_innen zum Schweigen zu bringen, werden lokale Journalist_innen bedroht, zusammengeschlagen und umgebracht. Die Polizei hat neue Repressionen angefangen. Alexey Gaskarov und Maxim Solopov befinden sich in U-Haft. Ihnen droht bis zu 7 Jahre Haftstrafe, nur weil sie zu den wenigen Sprechern der sozialen Bewegungen in Moskau und in Russland gehören, die in der Öffentlichkeit auftreten und die Inhalte der Bewegung offen vertreten und propagieren. Es ist dringend Solidarität benötigt.

Vorgeschichte: Der Bau der Autobahn zwischen Moskau und St. Petersburg

Seit einigen Jahren wird der Bau einer neuen Autobahn zwischen Moskau und St. Petersburg geplant. Es soll die erste kommerzielle Autobahn in Russland werden. Wirtschaftliche Interessen an der Bau der Autobahn hat der internationale Konzern Vinci. Der hat einen Konzessionsvertrag für den ersten Abschnitt der Mautautobahn Moskau - Sankt Petersburg geschlossen. Sie soll durch einen der letzten verbliebenen Wälder in der Nähe Moskaus führen. Wirtschaftlich und pragmatisch gesehen wird die Autobahn durch den Wald teurer und länger als eine alternative Streckenführung. Dahinter stehen die gut nachvollziehbaren korrupten Interessen einiger Akteure: Nach der vorliegenden Planung soll nicht nur die Autobahn gebaut werden, sondern es sollen auch „Infrastruktureinrichtungen" wie Tankstellen und Einkaufszentren um sie herum entstehen. Der Wald nahe der Stadt Chimki, welcher Teil des sogenannten „grünen Ringes um Moskau" ist, wird dabei wahrscheinlich komplett vernichtet. Bis jetzt war dieser Wald einer der wenigen Orte in der Nähe Moskaus, wo es z. B. noch wilde Tiere und seltene Pflanzen gibt.

Widerstand und Repression

Eine rechtliche Grundlage für den Bau war von Anfang an nicht ganz klar. So gab es seit 2007 lange ein Hin und Her zwischen der Stadtverwaltung der kleinen Stadt Chimki, Bauunternehmern sowie anderen am Bau Interessierten auf der einen Seite und Bewohner_innen der Stadt, Öko-Aktivist_innen und einigen politisch Aktiven, die sie unterstützt haben auf der anderen. Dabei haben die Verteidiger_innen des Waldes auf legale Methoden, Unterstützung namhafter Organisationen und Aufklärung gesetzt.

Die Stadtspitze von Chimki ist für ihre sogar für russische Verhältnisse bemerkenswerte Korruption und ihre brutalen Methoden zur „Problemlösung" bekannt. Diese Methoden haben sie auch gegen die Öko-Aktivist_innen eingesetzt. So wurde Michail Beketow verfolgt, der Chefredakteur einer Lokalzeitung, die besonders viel über Korruption bestimmter Beamter und Unstimmigkeiten rund um den Bau der Autobahn berichtet hat. Ganz in der Tradition der „wilden 90er" haben Unbekannte zunächst seinen Hund umgebracht, dann sein Auto in Brand gesetzt und schließlich im November 2008 ihn selbst schwer verletzt. Er hat nur durch Zufall überlebt, kann aber wegen der Folgen der Verletzungen kein normales Leben mehr führen. Viele andere kritische Journalist_innen wurden mehrmals angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Einer ist 2009 an Folgen der Verletzungen gestorben.

Trotzdem gibt es in Chimki eine kleine, aber aktive „Bewegung für Schutz des Waldes von Chimki", welche ständig friedliche Aktionen und Kundgebungen organisiert und für Aufklärung in der Stadt sorgt.

Nach einigen Jahren der gerichtlichen Auseinandersetzung und Öffentlichkeitsarbeit hat Ende 2009 Premierminister Putin den offiziellen Status der Waldflächen geändert. Und nach einer Klage dagegen hat am 1. März 2010 das Oberste Gericht diese Entscheidung bestätigt und so grünes Licht für den Autobahnbau und die Abholzung des Waldes gegeben.

Sommer 2010. Die Abholzung.
Im Juli 2010 haben die Arbeiter des Unternehmens „Teplotechnika“ Rodungsmaschinen in den Wald gebracht und mit der Abholzung angefangen. Das wurde von Öko-Aktivist_innen entdeckt. Ab 15. Juli gab es ein Öko-Camp im Wald, um die Abholzung zu stoppen. Dies gelang auch mehrmals. Parallel dazu gab es Kundgebungen in Moskau und Versuche mit der Verwaltung der Stadt Chimki zu verhandeln. Die Administration und deren Chef Streltschenko hat sich zwar öffentlich zum Dialog mit den Bewohner_innen bereit erklärt, diesen Dialog aber in Wirklichkeit konsequent sabotiert.

Im Öko-Camp haben sich unterschiedliche Aktivist_innen mit Leuten aus linken, anarchistischen, antifaschistischen, Menschenrechts- und lokalen Initiativen zusammengefunden. Im Verlaufe der Zeit schwankte ihre Zahl, aber meist waren es etwa 50 Menschen. Immerhin zog der Konflikt so die Aufmerksamkeit von einigen großen Medien auf sich.

Die Baufirmen, die Stadtverwaltung von Chimki und weitere hinter dem Bau stehende Profiteure haben in dieser Situation auf diverse Provokationen gesetzt. Bauarbeiter und Unbekannte griffen die Aktivist_innen mehrmals an, wogegen die herbeigerufene Polizei nichts unternahm.

Für den 23. Juli versprach die Baufirma, die Genehmigungen für die Abholzung zum Camp bringen und vorzuzeigen. Stattdessen kamen morgens etwa 40 vermummte junge Männer zum Camp. Einige von ihnen trugen T-Shirts mit neonazistischen Symbolen. Später wurden sie anhand des Fotos als die extrem rechte Hooligan-Gruppe „Gladiators“ aus Moskau erkannt. Sie bedrohten die Teilnehmer_innen und sorgten so für die „Sicherheit“ der Abholzarbeiter. Die Arbeiter versuchten mit Unterstützung der Schläger mit der Abholzung anzufangen. Einigen Aktivist_innen gelang es trotzdem, zu den Baumaschinen zu kommen und deren Arbeit zu blockieren. Schläger schubsten die Leute weg und verletzten sie.

Nach einigen Stunden Kampf kam die Bereitschaftspolizei (OMON) und nahm alle Öko-Aktivist_innen und Journalist_innen auf die brutalste Art fest. Für die Schläger interessierten sie sich nicht. Diese fuhren sogar mit der Polizei zusammen weg. Die Abholzarbeiten wurden sofort fortgesetzt.

In den nächsten Tagen wurden die Zufahrtswege zum Wald von Polizei und Schlägerkommandos bewacht. Alle, die zum Wald gelangen wollten, wurden aufgehalten und mit Gewalt vertrieben.

Am 28. Juli sollte in der Stadt Chimki eine öffentliche Anhörung mit Vertreter_innen der Stadtverwaltung, der Bauunternehmen, von Stadtbewohner_innen, Journalist_innen und Gegner_innen des Waldabholzung stattfinden. Diese wurde, wie schon mehrmals vorher, seitens Stadtverwaltung und Bauunternehmen verhindert. Das Versammlungsgebäude war geschlossen, und an der Tür hing ein Zettel, dass an diesem Tag keine Anhörungen stattfinden würden.

Mittwoch 28. Juli. Aktion in der Stadt Chimki
Für den Abend des 28. Juli wurde in Moskau ein Straßen-Konzert „Für den Wald von Chimki“ von zwei Antifa- und Hardcore-Bands angekündigt. Die Einladung war ziemlich mehrdeutig geschrieben, so dass klar gemacht wurde: es handelt sich nicht um ein gewöhnliches Konzert. Als sich einige hundert Menschen am Treffpunkt versammelt hatten, teilte einer der Anwesenden über ein Megafon mit, dass sie, statt ein Konzert in Moskau zu spielen, nach Chimki fahren wollten und alle eingeladen seien mitzukommen.

Die Sache entwickelte sich schnell weiter. Einige hundert Menschen, überwiegend Antifa und Anarchist_innen, setzten sich in einen Regionalzug und kamen etwa um 20.00 Uhr in Chimki an. Wie zu erwarten war, waren schon Kräfte der Polizei im Wald von Chimki zusammengezogen worden, um Proteste zu unterbinden. Etwa 300 bis 400 Menschen zogen Richtung Chimki‘s Verwaltungsgebäude. Vorneweg wurde ein Transpi getragen, und alle riefen Parolen gegen die Waldabholzung, gegen Polizei und Stadtverwaltung. Am Verwaltungsgebäude wurde angehalten. Steine und Flaschen flogen gegen

einige Fenster. An die Wände wurden Parolen gesprüht und es wurde aus traumatischen Pistolen an die Fenster geschossen (legale Kurzdistanzwaffe, ähnlich wie Gummigeschoss). Nach wenigen Minuten zogen sich die Leute zurück, um den Zug zurück nach Moskau noch zu erwischen. Das ganze dauerte im Endeffekt nicht länger als eine Viertelstunde. Um diese Zeit war das Regierungsgebäude wahrscheinlich leer, jedenfalls hat niemand sich getraut, sich zu zeigen. Es gab hinterher auch keine Informationen über Verletzte. Auf dem Weg zurück durch Chimki sah man ein Polizeiauto. Die Polizei flüchtete. Alle schafften den Zug zurück. Niemand wurde festgenommen. Die Teilnehmer_innen der Aktion berichteten, die Bewohner_innen von Chimki hätten die Aktion mit Begeisterung und Zustimmung begleitet.

Repressionen danach

Vor Ort bei der Aktion in Chimki waren viele Vertreter_innen der Presse dabei. Viele haben fotografiert und Videos ins Netz gestellt. Große Zeitungen und sogar überregionale Fernsehsender haben über den Angriff berichtet. Sie versuchten zwar, die Aktion zu diffamieren, aber eines wurde klar - da konnten einige hundert Menschen gemeinsam und öffentlich ein Stadtregierungsgebäude organisiert angreifen. Dabei setzten sich die anwesenden Polizeikräfte ab und der so häufig gefürchtete Polizeistaat hatte nichts im Griff. Und das alles in der Nähe von Moskau, wo das große Geld und die Staatsmacht scheinbar alles unter Kontrolle hat. Die lokalen und die Moskauer Polizeichefs haben wahrscheinlich ziemlichen Druck von oben gekriegt. Wie konnten sie nur sowas zulassen.

Noch am Abend 28. Juli nahm die Aufstandsbekämpfungseinheit OMON alle Aktivist_innen, die sich im Wald von Chimki befanden, fest. Diese Aktivist_innen hatten aber offensichtlich keine Ahnung von der Aktion in der Stadt. Die Sprecherin der „Bewegung für Schutz des Waldes von Chimki", Anna Tschirikowa, die in den letzten Jahren die Interessen der Gegner_innen der Abholzung des Waldes nach außen vertreten hat, distanzierte sich zwar von den Methoden der Aktion, merkte aber an, dass die Stadtverwaltung selbst Schuld daran habe, weil sie nie auf die Meinung der Menschen gehört und alle möglichen legalen Methoden sabotiert habe.

Die Mehrheit der Gesellschaft in Russland scheint die Aktion in Chimki zu unterstützen. Es handelt sich wahr-

scheinlich um die erste größere von Anarchist_innen und Antifa organisierte Aktion, die einen so großen Anklang bei „normalen" Menschen in Russland fand. Es gibt immer mehr und immer militantere Proteste in Russland in den letzten Jahren. Der Staat hat sich sehr unbeliebt gemacht. Und diejenigen, die sie offen angreifen und zeigen, was alles möglich ist, ernten große Sympathie.

Die Information über Proteste kam wahrscheinlich bis ganz nach oben in den Regierungsapparat Russlands. Die Presse zitiert hochgestellte Polizeibeamte, dass sich die allmächtige Präsidentenadministration für den Fall interessiert.

Gleich nach der Aktion in Chimki haben die Polizei und ihr „Zentrum für Extremismusbekämpfung" angefangen, ihnen bekannte linke antiautoritäre und Antifa-Aktivist_innen anzurufen und zu „Gesprächen" einzuladen. Es wurden einige Journalist_innen, die über den Angriff berichtet haben, ihn fotografiert und gefilmt haben, festgenommen. Einige Wohnungen wurden durchsucht.

Anna Tschirikowa, Sprecherin der „Bewegung für Schutz des Waldes von Chimki", hat berichtet, dass sie observiert werde und Angst um ihr Leben und das ihrer Familie habe. Nach vielen Angriffen und Mordversuchen an kritischen Journalist_innen und Öko-Aktivist_innen in Chimki dürfte diese Angst nicht unbegründet sein. Anschließend hat sie sich aus der Stadt Chimki zurückgezogen und tauchte zusammen mit ihrer Familie irgendwo in Moskau unter. Am 4. August wurde sie gleich nach einer Pressekonferenz in Moskau von etwa 30 Polizeibeamten festgenommen und von Beamten der Extremismusbekämpfungseinheit der Polizei ganzen Tag verhört.

Gleichzeitig gab der Pressesprecher der Polizei bekannt, dass es keine Ermittlungen oder Strafverfolgung gegen die Neonazi-Schläger, die die Öko-Aktivist_inen und Journalist_innen angegriffen und verletzt hatten, gebe.

Alexej Gaskarow und Maxim Solopow wurden verhaftet

Am 29. Juli wurden Alexej Gaskarow und Maxim Solopow festgenommen. Die Festnahmen wurden ohne ausreichende gesetzliche Grundlage durchgeführt, genauso wie die Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl stattfanden. Die beiden gehören zu den wenigen Sprechern der antifaschistischen und antiautoritären linken Bewegungen in Moskau und in Russland, die in der Öffentlichkeit auftreten und die Inhalte der Bewegung offen vertreten und propagieren. So hat zum Beispiel Maxim kurz vor seiner Festnahme im Radio über die Ziele und Bedeutung der Aktion in Chimki berichtet. Beide stehen seit langem an der Spitze der Tötungslisten auf extrem rechten Internet-Seiten. Und jetzt scheint der Repressionsapparat eine Schau-Hinrichtung vorzubereiten. Es ist dabei nicht wichtig, wer was gemacht hat. Es wird die politische Einstellung bestraft.

Die Festnahme von Maxim und Alexej wurde von Polizei erst am 30. Juli öffentlich bekanntgemacht. Am 31. Juli gab es eine erste Gerichtssitzung, bei der entschieden wurde, die beiden für die nächsten drei Tage in Haft zu behalten. Das Gerichtsgebäude in der Kleinstadt Chimki wurde in diesen Tagen von mehreren Polizeibeamten bewacht, die niemanden ins Gebäude gelassen haben. Sogar ein Wasserwerfer stand bereit, was in Russland ein sehr exotisches Teil darstellt. Am Dienstag, 3. August hat das Gericht beschlossen, beide für zwei Monate in Untersuchungshaft zu behalten. Der Prozess findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, ohne Presse und andere Beobachter_innen. Es gibt auch schon erste nachweisliche Falschbehauptungen der Polizei. Im Festnahmeprotokoll steht, dass die beiden „am Tatort" festgenommen worden seien, obwohl alle wissen, dass dort niemand festgenommen wurde und Maxim am 29. Juli sogar im Radio berichtet hat.

Es droht ihnen laut ihrem Anwalt bis zu sieben Jahre Haftstrafe, wenn die Polizei sie zu „Organisatoren von Massenhooliganismus" erklärt. Eine Zeitung zitierte einen Polizisten: „Die jungen Leute haben eine Grenze überschritten, indem sie offen die Staatsmacht angreifen. Unsere Aufgabe ist klar - denen ihren Platz zu zeigen. Deswegen wird es nicht gemütlich werden".

Alexej und Maxim sind jetzt im Knast, weil sie seit Jahren die Positionen der Linken und der Antifa-Bewegung aktiv vertreten. Sie sitzen für uns alle. Und wenn wir heute unsere Solidarität nicht aktiv zeigen, wird es nicht nur ein großer Schlag für unsere Freunde, sondern für alle sozialen Bewegungen in Russland.

Möglichkeiten der Solidarität

Momentan wird versucht, die Öffentlichkeit im Fall von Alexej und Maxim möglichst auszuschließen. Die Polizei versucht die Presse in Russland einzuschüchtern. Es kamen seitens der Polizei schon einige klare Äußerungen, wie in etwa: „Von der Berichterstattung über die Proteste liegt nur eine dünne Grenze zur Straftaten".

An dem Bau der Autobahn und der Abholzung des Waldes von Chimki ist auch der europäische Konzern Vinci beteiligt, welcher auch in Deutschland viele Standorte hat.

Um den Bau vor Öko-Aktivist_innen und allen Interessierten zu „schützen", werden Neonazi-Schläger eingesetzt. Um die Kritiker_innen zum Schweigen zu bringen, werden Journalist_innen bedroht, zusammengeschlagen und umgebracht.

Die Erfahrung sagt, dass russische Behörden und vor allem die beteiligten Firmen und Konzerne auf Informationskampagnen und Solidaritätsaktionen im Ausland reagieren, die mit möglichen Imageverlusten verbunden sind.

Deswegen ist es wichtig, die Informationen über die Verfolgung der Aktivisten so weit wie möglich zu verbreiten.

Alexej Gaskarow und Maxim Solopow bleiben für mindestens zwei Monate und sehr wahrscheinlich auch für länger im Haft. Für die Deckung der Prozesskosten wird dringend finanzielle Unterstützung benötigt.

von de.indymedia.org

Woher soll man wiss
Wind weht, wenn ke

Kein Thema sorgt in der Szene für so viel Unmut und Unbehagen wie das Thema Sexismus und Patriarchat. Wie viele Diskussionen schon geführt wurden, was anscheinend noch nicht diskutiert wurde? Alle Argumente ausgetauscht. Also, alles kein Problem mehr, und trotzdem müssen Frauen immer noch um jeden Quadratmillimeter Raum kämpfen, müssen begründen, diskutieren, argumentieren, sich verteidigen. Dabei ist Patriarchat als Thema ein wesentlicher Bestandteil für linke Gesellschaftskritik. Letzteres wird geleugnet, obwohl dessen Unmittelbarkeit so greifbar und so alltäglich ist. Schließlich spielt jede und jeder von uns eine Rolle, die klar auch von den gesellschaftlich vorgegebenen Geschlechterrollen geprägt ist und die machtvollen Geschlechterverhältnisse in allen Lebensbereichen präsent sind. Geschlechtsspezifische Machtverhältnisse werden aber in der Linken wahlweise als Nebenwiderspruch („Wir haben jetzt aber echt wichtigeres zu tun.“) abgetan, empört verleugnet („Wir sind doch keine Sexisten!“) oder bevormundend („Auch ich fördere eine Frau.“) zugedeckt. Diesen Umgangsweisen gemein ist, dass sie eine kugelsichere Distanz zu diesem Thema aufzeigen. Denn viele Männer leben mit der Gewissheit eben ein Guter – und damit kein Gesprächsthema zu sein. Dabei tragen sie die Grundnorm der hegemonialen Männlichkeit, die zugleich ihre eigene verinnerlichte und gelebte ist, unfähig sie als solche zu begreifen und schon gar nicht anzugreifen. Auch in unseren Zusammenhängen ist die gesellschaftlich tradierte Norm der Männlichkeit unangefochten akzeptiert und wird – meist sogar zufrieden und durchaus stolz – von den Männern der Szene praktiziert. Gestützt wird diese Norm vom platten Spruch „Wir sind die Guten“, der in Worte fasst, was die meisten Antifas tatsächlich für sich in Anspruch nehmen. Das scheint zwar nett, suggeriert aber, damit im Machtverhältnis auf der guten Seite zu stehen, zumindest nicht Täter, zu sein. Jedes Hinterfragen der eigenen Rolle erscheint somit als nicht notwendig. Dabei stellen doch auch die Männer aus unserem Zusammenhang durch alltägliche Handlungen, Gesten, Äußerungen, etc., das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis aufs Neue wieder her. Dementsprechend verkennen sie also ihren aktiven Anteil einfach naiv.

EN WOHER DER IN WIND WEHT

Wenn also die Notwendigkeit mit einer Auseinandersetzung mit dem Thema erkannt wird, dann meist von Frauen. Reden wir nun mal Klartext: Feministische Kritik an linken Strukturen wird bisher bei uns weder tatsächlich ernst genommen, noch als das begriffen, was sie ist, nämlich: eine Politische. Klar ist die Szene männerdominiert... allerdings darf nicht die geschichtliche Entstehung vergessen werden. Die Szene ist Teil einer patriarchalen Gesellschaft: So ist es, so war es und – manchmal wird es sogar ausgesprochen – so wird es immer sein. Meist noch mit dem Nachsatz, dass Frauen eben einfach mal den Mund aufmachen müssten und sagen sollten, wenn ihnen was nicht passt. Sie werden schließlich nicht daran gehindert, nein ihr Frauen werdet doch unterstützt. Daraus entsteht doch eine fast schon zwingende, zumindest die logische Konsequenz sich in Frauengruppen zusammen zu schließen. Im Bewusstsein damit eine wahrnehmbare Position und somit Macht zu erlangen, um in Strukturen handlungsfähig zu werden. Warum gehen aber immer die Alarmsignale los, wenn Frauen sich in Gruppen zusammenschließen. Wovor habt ihr Angst? Nicht jeder Zusammenschluss ist eine die Szene zersetzende, linke zersplitternde Vereinigung. Die Aufgebrachtheit einiger Linker ist wohl der Tatsache geschuldet, dass Männer (ausdrücklich: Weiße, deutsche, heterosexuelle, sogenannte gesunde Männer) ansonsten ein „Kein Zutritt"-Schild nicht kennen. Und genau dieses scheint einladend für diese zu wirken. Denn mit unberechtigter Kritik an Frauengruppen wird häufig nicht gespart. So wird behauptet sie seien: Anti-emanzipatorisch, nicht-links, nicht-feministisch, weil eben sektiererisch und ausgrenzend. Frauengruppen sind nach Meinung einiger Männer ausschließlich sozial. Solche Vorwürfe werden aber nie an Männerbünde gestellt, noch an gemischtgeschlechtliche Gruppen! Dass Frauen immer besser sein und mehr vorweisen müssen, ist ein alter Slogan, auch in der Szene wird ihre politische Arbeit, sofern sie überhaupt als solche erkannt wird, nach viel strengeren Maßstäben bewertet. Bei solchen Reaktionen ist es nicht verwunderlich, dass auch einige Frauen in diesen Chor mit einstimmen.

Denn wer sich explizit und im Konkreten gegen Sexismus ausspricht und für Frauen etwas einfordert, hat mit Konsequenzen zu rechnen. Also ist es leichter die Augen und die Ohren zu verschließen. Und genau das ist Ziel anti-emanzipatorischer, patriarchaler Erziehung, sie ist systemerhaltend und systemstabilisierend.

An dieser Stelle soll noch mal an ein oft formuliertes Ziel in der Linken erinnert werden, es lautet: Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft!

Aber wenn sexistische Strukturen nicht angegriffen werden, wird auch diese Forderung für immer Utopie bleiben. Hier noch mal die Erklärung, warum es eben doch feministisch, links und emanzipatorisch ist, sich in einer Frauengruppe zu organisieren. In diesen wird das hierarchische Geschlechterverhältnis außen vor gelassen. Es existieren nun mal patriarchale Strukturen und an dieser Realität müssen wir uns orientieren. Auch wir gehen davon aus, dass Geschlechter als gesellschaftliche Kategorien konstruiert wurden und sich als bipolares System ständig neu produzieren und reproduzieren. Das bedeutet eigentlich nichts anderes als, dass Männer und Frauen in ein Raster von normierter Männlichkeit und Weiblichkeit gequetscht werden. In dieser sind wir alle patriarchaler Sozialisation unterworfen. Geschlecht wirkt somit in alle Bereiche der Gesellschaft. Die volle Funktionsweise wird dann deutlich, wenn Geschlecht als „naturgegeben" und „unveränderbar" akzeptiert wird. Und sich eben in dem oft gehörten Satz „Es ist nun mal so" äußert. Damit wird die eigene Unveränderbarkeit akzeptiert. Aber Geschlecht ist jederzeit eine Rolle. Solange das Geschlechterverhältnis ein soziales Ungleichverhältnis und auch immer ein potentielles Gewaltverhältnis ist, brauchen wir die Kategorie FRAU. Und solange wir nicht als Frauen in der Szene wahr- und ernstgenommen werden, brauchen wir Frauengruppen, und solange ist diese Organisationsform eine politische und keine soziale. Da wir uns nicht mal eben mit Funktionsweisen von Patriarchat auseinandersetzen, weil wir ansonsten nicht wissen, was wir sonst noch tun könnten, wenn alle Tücher gebatikt, der Menstruationszyklus besprochen, und der neuste Tratsch über Typen ausgetauscht wurde. Sondern, weil Frauen nämlich in der Szene aus der Norm – aus der gesetzten männlichen Norm – fallen und dieser somit nie entsprechen können. Denn denkt man an die Linke, denkt man an Männer!

Stellt sich für uns eigentlich die Frage, können unter den gegebenen Umständen Männer in der Szene überhaupt Träger oder Subjekte fortschrittlicher emanzipativer Politik werden? Nicht, wenn sie nicht verstehen, dass „Männer" mit ihrem Konstrukt „Männlichkeit"" in erster Linie ein Problem für andere sind. Das bedeutet, dass sie ihr alltägliches Handeln, ihre individuellen und kollektiven Handlungspraxen, wie frauenfeindliche Witze, heterosexistisches Besitzdenken, homophobe Abwehr, stillschweigende Männersolidarität, Stärkekult und Mackermilitanz, hinterfragen und ändern. Das erfordert sogenannte radikale Selbstkritik, mit sich und mit ihrer Männlichkeit. Das wiederum bedeutet, dass sie sich von ihren festgefrorenen und kulturellen Privilegien verabschieden müssen.

Wir setzen Kooperationsversuchen mit Männern voraus, dass sie versuchen sich der „Frauen"-Politik, sowie ihren Forderungen aber auch Kritiken zu nähern.

Von GIK – Geschlecht ist konstruiert Frauengruppe. Aus der Broschüre „Dafür haben wir jetzt aber keine Zeit". [Redaktionell überarbeitet]

Deportation Class Reloaded

Zur politischen Ökonomie der Abschiebemaschinerie

Yeni P. wurde am Morgen des 16. April tot in ihrer Zelle in der JVA Hahnöfersand aufgefunden. Wie David M. sechs Wochen zuvor, hatte sie sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung erhängt. Ob diese beiden Selbstmorde in Abschiebhaft als Akte der Verzweiflung oder des Widerstandes zu werten sind, hängt von der politischen Perspektive der Betrachterin ab. Zumindest haben sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die rigide Abschiebepraxis dieser sich gern als weltoffen gebenden Stadt gelenkt. Während die Hamburg sich international als „Tor zur Welt" zu vermarkten sucht, ist es die Effizienz und Innovationsfreude der Hamburger Abschiebebehörden, die weltweit ihres gleichen sucht: Unter Leitung der Hamburger Ausländerbehörde wurden nicht nur die ersten europaweiten Sammelabschiebungen in eigens dafür angeheuerten Charterflugzeugen durchgeführt.[1] Ihre MitarbeiterInnen zeigen darüber hinaus bei der Beschaffung von für die Durchführung von Abschiebungen unabdingbaren Passersatzpapieren besonderen Ehrgeiz und haben dafür eigens ein Reisedokument entwickelt, dass die abzuschiebenden Inhaber zur einmaligen Einreise in ein von der Ausländerbehörde einzutragendes Land berechtigt.[2] Auch in der architektonischen Infrastruktur spiegeln sich Effizienz und kreative Innovativkraft wider: 2008 hat die Ausländerbehörde die Zentrale Erstaufnahmestelle für Asylbewerber zusammen mit der Abteilung „Rückführungen" in Flughafennähe verlegt. Darüber hinaus ist in der Hansestadt mit Hamburg International eine Airline ansässig, die sich auf das lukrative Geschäft mit Abschiebungen spezialisiert hat.

Doch die ungewollte Aufmerksamkeit kommt nicht nur den politisch Verantwortlichen von GAL und CDU ungelegen, sondern auch all den FunktionsträgerInnen mit und ohne Uniform, die mit der alltäglichen Umsetzung von Abschiebungen beauftragt sind. Auch wenn die beiden jüngsten Selbstmorde in Abschiebehaft keine Einzelfälle sind, sind Todesfälle im Kontext von Abschiebungen nicht gewollt, sondern aus Perspektive der Verantwortlichen nicht mehr als ein nicht-intendierter, zu minimierender Betriebsunfall.[3] Denn Effizienz bedeutet im Kontext von Abschiebungen, diese möglichst unbemerkt und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchzuführen.

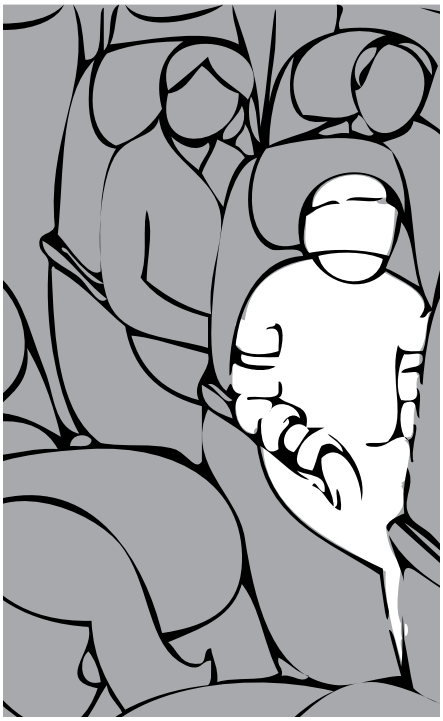
Denn im Gegensatz zu den Schlagbäumen an den Grenzen eignen sich Abschiebungen nicht dazu, Gefühle der nationalen Zugehörigkeit zu schaffen. Historiker wie Benedict Anderson und Eric Hobsbawn haben auf den letztlich fiktiven Charakter von Nationen hingewiesen. Demnach sind Nationen für ihre Konstitution und Reproduktion darauf angewiesen, dass Menschen sich mit ihnen identifizieren und sich als Mitglieder dieser vorgestellten Gemeinschaften verstehen. Dabei sind Grenzen der sichtbare Beweis dafür, dass Nationen auch im Zeitalter einer global vernetzten Welt noch immer auf der Logik der Exklusion basieren und Prozesse der Identifikation mit ihnen untrennbar mit der Alterisierung und dem Ausschluss des vermeintlich Anderen verbunden sind. Die EU ist insofern als ein postnationales Projekt zu verstehen, als dass sie sich gerade dadurch zu legitimieren und Gefühle der Zugehörigkeit zu generieren versucht, indem sie ihren Bürgerinnen u.a. Mobilität über nationale Grenzen hinweg verspricht. Dennoch bleibt sie der Logik der Exklusion verhaftet, weil dieses Privileg weiterhin an den exklusiven Zugang zur Bürgerschaft einer ihrer Mitgliedsstaaten gekoppelt bleibt. Somit wird die Praxis der Reisenden, sich bei der Passkontrolle im Flughafen an der eigens für sie eingerichteten schnellen Warteschlange für EU-Bürger anzustellen zum Akt der Identifikation mit dem europäischen Projekt.

Doch an den Grenzen wird die Nation nicht nur auf symbolischer Ebene hergestellt, sondern auch in einem buchstäblichen, biologischen Sinne. Denn hier wird entschieden, wer sich unter welchen Bedingungen auf dem nationalen Territorium aufhalten, dort arbeiten und reproduzieren darf. Grenzen sind somit die Orte schlechthin für die Ausübung dessen, was Michel Foucault als Biopolitik bezeichnet hat: dort wird nicht nur Wissen über die Bevölkerung produziert, vielmehr wird dieses zu regulierende Objekt selbst erst durch Grenzkontrollen aktiv hergestellt.

Abschiebungen und alles was mit ihnen zusammenhängt (Beschaffen von Papieren, Botschaftsanhörungen, Abschiebehaft, Altersfeststellungen etc.) werden im Gegensatz zu Grenzkontrollen diskret und soweit als möglich unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Die erzwungene Ausweisung eines Menschen unter Anwendung von Gewalt taugt nicht für die symbolische Reproduktion des nationalen Kollektivs - sie macht nur das Problematische daran sichtbar und bewusst. Zudem sind Abschiebungen nicht nur schlecht fürs Image - sei es für den sie durchführenden Staat oder die daran beteiligten Unternehmen - sie sind auch sehr teuer.[4] Rechnet man allein die direkt mit der Abschiebung anfallenden Kosten wie die Gehälter der direkt mit ihrer Planung und Durchführung beteiligten BeamtInnen, Bestechungsgelder für Passersatzpapiere, Flugkosten usw. zusammen, dürften sich diese pro Abschiebung auf mehrere 10.000 Euro belaufen. Wenn Abschiebungen also sowohl politisch als auch ökonomisch enorm kostspielig sind, stellt sich die Frage, warum so ein immenser Aufwand für ihre Durchführung betrieben wird. Abschiebungen sind ein integraler Bestandteil des europäischen Migrationsregimes. In einem Strategiepapier der EU-Kommission von 2001 heißt es, dass „die Rückkehrpolitik [...] ein zentrales Element im Kampf gegen die illegale Einwanderung ist."[5] Dieser Satz suggeriert, dass die Abschiebemaschinerie aufgrund der Befürchtung immer weiter ausgebaut wird, dass eine Tolerierung des Aufenthalts von MigrantInnen ohne gültige Aufenthaltspapiere zu einer weiteren Zunahme der „illegalen" Migration führen würde. Während der Satz somit den Mythos von der „Festung Europa" zu bestätigen scheint, hat sich in der antirassistischen Linken mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass der wesentliche Effekt des europäischen Migrationsregimes nicht in der Abschottung vor, sondern in der Entrechtung von MigrantInnen besteht. Denn verschwiegen wird in den offiziellen Verlautbarungen der EU, dass Abschiebungen gerade dann einen nicht zu vernachlässigen ökonomischen Effekt haben, von dem ganze Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft oder der Bausektor tagtäglich profitieren, wenn sie NICHT durchgeführt werden, aber jederzeit durchgeführt werden können.

Der Migrationsforscher Nicolas de Genova hat am Beispiel der U.S.A bereits 2002 seine These der Deportabilität herausgearbeitet. Demnach ist an Abschiebungen nicht ihre tatsächliche Realisierung entscheidend, sondern das Gefühl der Verwundbarkeit, dass allein ihre potentielle Umsetzung bei all denjenigen erzeugt, die über einen prekären oder keinen gültigen Aufenthaltstitel verfügen. Nicht durch die Abschiebung selbst, sondern bereits durch die Möglichkeit ihrer Exekution werden MigrantInnen zu gefügigen, weil erpressbaren und somit leicht ausbeutbaren Arbeitskräften diszipliniert. Erst durch den Zustand der Deportabilität - die reale, permanent spürbare Gefahr, jederzeit abgeschoben werden zu können - wird der durch Gesetze aktiv hergestellte juristische Nicht-Status der „Illegalität" wirkungsmächtig. Nur solange das Damoklesschwert einer möglichen Abschiebung über den MigrantInnen schwebt, sind diese bereit, auch die widrigsten Arbeitsbedingungen und die unmöglichsten Arbeitszeiten zu den niedrigsten Löhnen zu akzeptieren. Nicolas de Genova zu Folge ermöglicht der Zustand der Deportabilität somit vor allem eins: die Maximierung dessen, was Marx als Mehrwertrate bezeichnet hat, also den ungleichen Tausch der Ware Arbeitskraft gegen Geld.[6]

Dieser ökonomische Effekt der Abschiebemaschinerie ist nicht als Ergebnis einer geheimen Übereinkunft zwischen



den davon profitierenden Kapitalsegmenten und den politisch verantwortlichen Funktionsträgern zu verstehen. Um nicht in Verschwörungstheorien zu verfallen oder von einem omnipotenten Staatsapparat auszugehen, dessen Migrationspolitik das Resultat konsistenter Planungen und intendierter Handlungen ist, hat sich in der Migrationsforschung der Begriff des Grenz- bzw. Migrationsregimes durchgesetzt. Die Versuche zur Regulation und Kontrolle grenzüberschreitender Mobilität werden hier gemäß der materialistischen Staatstheorie als Verdichtungen der Handlungen einer heterogenen Vielfalt von teilweise miteinander konkurrierenden Akteuren gedacht, deren Maßnahmen zwar aufeinander bezogen sind, aber keiner einheitlichen Strategie folgen.[7]

Ein Blick nach Hamburg genügt, um zu verdeutlichen, dass diejenigen, die von der Ausbeutung illegalisierter Arbeitskräfte und somit von der gut funktionierenden Abschiebemaschinerie profitieren, keine finsteren KapitalistInnen in Nadelstreifenanzug, sondern in allen Stadtteilen und sozialen Schichten zu finden sind. Denn unabhängig davon, ob es laut der Studie „Leben ohne Papiere" nun zwischen 6.000 und 22.000 oder gemäß früherer Schätzungen bis zu 65.000 Menschen sind, die ohne gültige Aufenthaltspapiere in dieser Stadt leben, profitieren die meisten HamburgerInnen direkt oder indirekt von den Arbeiten, die sie z.T. zu den unmöglichsten Zeiten unter den denkbar schlimmsten Bedingungen für Stundenlöhne von wenigen Euro verrichten: nach und vor Betriebsschluss reinigen sie die Büros in der Hafencity und anderswo, ermöglichen als Küchenhilfen den Mittagstisch für fünf und weniger Euro, malochen für einen ähnlich geringen Stundenlohn auf kleinen, privaten aber auch großen, städtischen Baustellen, bieten auch die ungewöhnlichsten sexuellen Dienstleistungen zu unterdurchschnittlichen Preisen an oder putzen in Privathaushalten und versorgen den dortigen Nachwuchs, während das im Supermarkt an der Ecke gekaufte Obst und Gemüse mit hoher Wahr-

scheinlichkeit von einem in Spanien, Italien oder Griechenland lebenden Sans Papier geerntet wurde. Diese Arbeitsverhältnisse sind mit Yann Moulier Boutang als unfrei zu bezeichnen, da sie nur aufgrund des prekären bzw. fehlenden Aufenthaltsstatus möglich sind, durch den die Betroffenen leicht erpressbar und von ihren ArbeitgeberInnen abhängig gemacht werden. Dabei ist es v.a. die Furcht vor einer möglichen Abschiebung, die sie davon abhält, eine rechtlich auch ihnen zustehende angemessene Entlohnung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, geregelte Arbeitszeiten oder Ansprüche auf bezahlten Urlaub und eine Unfallversicherung einzufordern oder gar vor Gericht einzuklagen.[8]

Geht man mit Yann Moulier Boutang - und gegen Marx - davon aus, das die mit Einführung der doppelt freien Lohnarbeit entstandenen nationalen Arbeitsmärkte für ihr Funktionieren auf einen permanenten Zufluss exogener, unfreier Arbeitsverhältnisse angewiesen sind, dann wird deutlich, warum es sich bei der euphemistisch als „Rückkehrpolitik" bezeichneten Abschiebepraxis – wie bei Migrationspolitik im Allgemeinen - de facto um Arbeitsmarktpolitik und somit um einen zentralen Aspekt der Wirtschaftspolitik handelt.[9] Eine Kampagne gegen die Abschiebemaschinerie müsste diese ökonomische Dimension berücksichtigen, wenn sie politisch erfolgreich sein will. Dies würde nicht nur eine Alternative zu der humanistischen Rhetorik eröffnen, die innerhalb des antirassistischen Diskurses bis heute dominiert, sondern auch vielfältige Anknüpfungspunkte zu anderen Themen und Kampagnen ermöglichen. Denn ein Merkmal der neoliberalen Umstrukturierung besteht darin, dass unfreie Arbeitsverhältnisse nicht mehr ausschließlich durch die systematische Entrechtung von MigrantInnen hergestellt, sondern z.B. durch l€-Jobs auf die biodeutsche Bevölkerung ausgeweitet werden. Die Maxime antirassistischer Politik muss dabei in der konkreten Verbesserung der Lebensbedingungen der durch das Migrationsregime graduell entrechteten MigrantInnen bestehen, deren extremste Form die Illegalisierung darstellt. Dies erfordert zum einen, eine größere Anerkennung und Unterstützung für die Basisarbeit, die von antirassistischen Initiativen wie dem Cafe Exil, der medizinischen Beratungsstelle oder dem bei Verdi angesiedelten Projekt Migrar geleistet wird, aber innerhalb der linken Szene häufig als symptombekämpfende „Sozialarbeit" abgetan wird. Zum anderen bedeutet es die Herausforderung, die hiesige Abschiebepraxis und den rassistischen Konsens, der hinter der Existenz der unfreien Arbeitsverhältnisse steht, zu skandalisieren, ohne den zumeist prekären Aufenthalt der MigrantInnen zu gefährden. Ein Anfang könnte die europaweite Aktionswoche gegen Abschiebungen sein, zu der das Netzwerk „stop deportation" vom 1. bis zum 6. Juni aufgerufen hat. Denn nicht nur aufgrund der jüngsten Todesfälle in Abschiebehaft, sondern insbesondere wegen der eingangs dargestellten Kreativität und Innovationsfreude der hiesigen Abschiebebehörden bleibt zu hoffen, dass Hamburg zu einem der Aktionsschwerpunkte werden wird.[10]

anti(ra)2dio

1 Der Artikel „Abschiebeflug FHE 6842" schildert sehr eindrücklich, was eine Abschiebung für die Deportier¬ten bedeutet: http://www.zeit.de/2008/03/Abschiebeflug

2 Vgl. dazu den Artikel „Hamburger Abschiebepraxis: Bloß raus" von Ron Steinke: http://www.linksnet.de/de/artikel/19060 sowie den Artikel „Guineer werden ist nicht schwer" in der Jungle World vom 23. Oktober 2008 unter: http://jungle-world.com/artikel/2008/43/27229.html

3 Laut der antirassistischen Initiative Berlin (ARI) töteten sich zwischen 1993 und 2009 154 Flüchtlinge angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 59 Menschen in Abschiebehaft. Vgl. http://www.ari-berlin.org/aktuelles/PE_deutsch_17.pdf

4 Ein Beispiel dafür, dass diese Tatsache ein erfolgreicher Ansatzpunkt für antirassistische Politik sein kann, war die gegen die Lufthansa gerichtete Kampagne „Deportation Class". Vgl. http://www.aktivgegenabschiebung. de/links_depclass.html

5 Vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung. KOM(2001) 672 endgültig, Brüssel, den 15.11.2001, S. 28.

6 Vgl. Nicolas de Genova (2002): Migrant „Illegality" and Deportability in Everyday Life, in: Annual Review of Anthropology, 31. Jahrgang, Heft Nr. 3, S. 419-447.

7 Vgl. hierzu die Aufsätze in dem sehr lesens¬werten Sammelband „Turbulente Ränder" der For¬schungsgruppe Transit Migration von 2007.

8 Vgl. dazu die 2009 veröffentlichten Ergebnisse der vom Diakonischen Werk Hamburg, der Nordelbischen Kirche und der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in Auftrag ge¬gebenen Studie „Leben ohne Papiere. Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg."

9 Vgl. Yann Moulier Boutang (1998): De l'esclavage au salariat. Economie historique du salariat bridé. Paris (Presse Universitaires de France), S. 11-12.

10 Der Aufruf findet sich unter: http://stopdeportation.net

aus Transmitter Juni 2010

„Zum 6. Mal in Folge wollen Neofaschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 4. September mobilisieren sie europaweit in die Ruhrgebietsmetropole. Nach dem erfolgreich verhinderten Großaufmarsch der Neonazis in Dresden gilt der so genannte „Nationale Antikriegstag" in Dortmund als wichtigste Nagelprobe der so genannten „Autonomen Nationalisten" bundesweit."

Das breite Bündnis „Dortmund stellt sich quer" plant am 4.9. den Naziaufmarsch durch entschlossene Blockaden zu verhindern.

Infos unter dortmundquer.blogsport.de

Neben dem Bündnis „Dortmund stellt sich quer" gibt es das „S4-Bündnis". Dieses organisiert am 4.9. eine antifaschistische Demonstration.

Weitere Infos zu den vom S4-Bündnis geplanten Aktionen findet ihr unter **s4.blogsport.de**

Hallo, wir möchten dich zu der Konferenz „Antisexistische Praxen IV" einladen. Sie wird vom 10. bis 12. September 2010 im Mehringhof (Berlin-Kreuzberg) stattfinden. Die Konferenz bietet einen Ort des Kennenlernens, des Austausches und des Vernetzens, um gemeinsam Interventionen und Praxen gegen den sexistischen Normalzustand zu entwerfen und weiterzuentwickeln. Du kannst dir den Termin einfach vormerken, uns Wünsche für die Konferenz mitteilen oder auch gerne Ideen für Workshops. Für die Organisation der Konferenz wäre es toll, wenn du uns Bedarf nach (Gebärden-) Übersetzung oder weitere Bedürfnisse mitteilen könntest.

Kontakt: antisexistische-praxen@riseup.net

Das No-Border-Camp ist ein Treffen von Menschen und Bewegungen, die gegen die Grenzen kämpfen welche uns trennen.

Die Europäische Union schließt seit mehr als zehn Jahren ihre Tore für Migranten: Die Festung Europa ist eine Realität. Europa verstärkt die Repressionen in Belgien und anderen Mitgliedsländern. Diese Länder drängen die Migranten in die Illegalität, führen Razzien durch, sperren „Papierlose" ein und schieben sie ab.

Das No Border Camp ruft dazu auf, Aktionen gegen die Anti-Migrationspolitik mit verschiedensten Mitteln durchzuführen, aber auch an einer Langzeitstrategie zu arbeiten. Die Organisation des Camps hat im Januar 2010 begonnen und bleibt offen für alle.

Vom 27. Septmber bis 3. Oktober findet in Brüssel ein No Border Camp statt. In den sieben Tagen wird es verschiedene Aktionen, Informations-, Diskussions- und Filmveranstaltungen über Migration und Migrationspolitiken geben.

Infos auf: www.noborderbxl.eu.org

---

arak10 – antirassistischer Kongress 2010

14. - 17.10.2010 antirahamburg.blogsport.de

- gegen den rassitischen Normalzustand -

Zusammen mehr erreichen!

Einladung zur Oldenburger Vollversammlung am 19.09.2010

Was passiert eigentlich gerade in Oldenburg? Welche Gruppen arbeiten zu welchen Themen, was für Schnittpunkte gibt es... und wie alles verbinden? Auch wenn Oldenburg ziemlich klein und überschaubar wirkt, wissen wir viel zu wenig von der Arbeit andere Gruppen und Einzelpersonen.

Hiermit möchten wir alle außerparlamentarischen linke/linksradikale Gruppen und Einzelpersonen einladen, sich mit uns über genau diese Themen zu unterhalten. Welche Form das Treffen (auch in Zukunft) haben kann, hängt von den Anwesenden ab. Ein thematischer Vorschlag für das erste Treffen könnte die bundesweite Demo „Krach schlagen, statt Kohldampf schieben" am 10.10.2010 in Oldenburg sein und die Frage, wie können wir uns einbringen. Das Treffen lebt davon, dass ihr Themen und Diskussionen einbringt.

Das erste Treffen soll am 19.09.2010 um 16:00 Uhr im Siebdruckraum im Alhambra stattfinden.

September 2010

Fr.03.09.	22:00	Mash up di place - Reggae Dancehall
Sa.04.09.	22:00	LesBiSchwule 90er-Party
Fr.10.09.	23:00	Drum`n Bass Party: Rehab
Sa.11.09.	22:00	Frauendisco ‚La Luna‘
Fr.17.09.	21:00	Konzert: Oranssi Pazuzu
Sa.18.09.	22:00	Männerfabrik
Fr.24.09.	23:00	Klick-Klack Meeting (Elektro)
Sa.25.09.	22:00	Rosa Disco

Oktober 2010

Fr.01.10.	22:00	Damage Punk Konzert: Cow Point Drains + Beyond Lickin
Sa.02.10.	22:00	Homophilias
Fr.08.10.	21:00	Punkrocknacht : Propaganda-Network + Killerkantholz
Fr.15.10.	23:00	Minimal Electro Party
Sa.16.10.	22:00	Männerfabrik
Fr.22.10.	22:00	STEP, STEP, STEP
Sa.23.10.	22:00	LesBiSchwules Oktoberfest
Fr.29.10.	23:00	Querbeatz Konzert: Orange Vibes
Sa.30.10.	22:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo. 19:00 Crush Hour Concerts
Mo. 19:30 Antira-Plenum 01/B1
Mo. 20:30 Antifa-Café
Di. 20:00 Subklub
Do. 20:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

Infoladen roter strumpf

Mo. 18h - 21h
Di. 16h - 19h
Mi. 16h - 19h
Do. 18h - 21h
Fr. 16h - 19h

Monatlich

1. Mi. 20:00 FrauenLesbenKneipe
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum
3. Mi. 21:00 Punkkneipe